

KARL DIETRICH ERDMANN

DIE GESCHICHTLICHE SITUATION DES KOMMUNISMUS IN INDIEN¹

Um die eigentümliche Situation des gegenwärtigen indischen Kommunismus zu begreifen, muß man ihn in verschiedenen Beziehungen sehen. Seine Ideologie und politische Aufgabenstellung leiten sich zu einem erheblichen Teile von den politischen und ideologischen Vorgängen im Weltkommunismus ab. Hierbei ist zunächst das Verhältnis zur Sowjetunion zu betrachten. Zum anderen ist der indische Kommunismus von seinen besonderen heimatlichen Voraussetzungen und den Bedingungen seiner indischen Umwelt her zu begreifen. Die Gesellschaft, in der er wirkt, ist von anderer Art, als es die vorkommunistische russische war, und ideologisch hatte er sich mit der eigentümlichen indischen Massenbewegung, die Gandhi ins Leben rief und die ihre Nachfolge in der Bhoodan Yajna, der Landgabe-Bewegung Vinoba Bhaves hat, auseinanderzusetzen. Kompliziert und von widersprechenden Motiven geleitet ist das Verhältnis der indischen Kommunisten zu Nehru, dem von Hause aus sozialistischen Führer der als bürgerlich bekämpften Kongreßpartei, dem politischen Organisator der indischen Unabhängigkeit, der zugleich an der Commonwealth-Verbindung Indiens festhält, dem Verfechter einer Neutralitätspolitik und außenpolitischen Freund des kommunistischen Rußland, der zugleich entschlossen ist, in der Abwehr des chinesisch-kommunistischen Angriffs auf die Nordgrenzen Indiens, wenn es notwendig sein sollte, bis zum Kriege zu schreiten.

Ein Probefall, an dem sich die Situation des indischen Kommunismus besonders deutlich ablesen läßt, ist der Staat Kerala, der vom 5. April 1957 bis zum 31. Juli 1959 eine kommunistische Regierung besaß. Was hier geschah, ist sehr aufschlußreich für Methodik und Zielsetzung des gegenwärtigen indischen Kommunismus. Das kommunistische Experiment von Kerala steht daher im Mittelpunkt unserer Untersuchung.

Daraus ergibt sich für die nachfolgenden Überlegungen, daß sie ausgehen von einer historischen Skizze des sowjetisch-indischen Verhältnisses. In einem zweiten Teil soll die hierdurch bedingte ideologische Situation des indischen Kommunismus betrachtet werden. In einem dritten Teil wird das Experiment von Kerala behandelt, wobei die wirtschaftlich-soziologischen und verfassungspolitischen Fragen im Vordergrund stehen. Abschließend soll in einem vierten Teil die Entwicklung des chinesisch-indischen Verhältnisses in ihrer Bedeutung für die Situation des gegenwärtigen Kommunismus betrachtet werden².

¹ Der Aufsatz wird auch in der Gedenkschrift für Gerhard Mackenroth „Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik“, Tübingen 1964, erscheinen.

² Das Standardwerk für die Geschichte der kommunistischen Bewegung in Indien bis zum Vorabend des Experiments von Kerala: G. D. Overstreet and M. Windmiller, *Communism in India*, Univ. of California Press 1959. Zur Dokumentation: V. B. Karnik (Hrsgb.), *Indian Communist Party Documents 1930–1956*, Bombay und New York 1957. Zur sowjetischen Asienpolitik: X. J. Eudin and R. C. North, *Soviet Russia and the East 1920–27, A Documentary Survey*, Stanford Univ. Press 1957. – Kurzer Überblick in H. F. Reck, *Die indischen Parteien*, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ vom 16. 8. 1961.

I

Wie wird das indische Problem von der sowjetischen Ideologie her grundsätzlich beurteilt? Von den Tagen Lenins bis zu Chruschtschow hin lassen sich zwei widerstreitende Motive erkennen. Das eine ist die direkte Übertragung der Klassenkampfideologie von den europäischen auf die asiatischen Verhältnisse und hierbei ganz besonders auf Indien, weil unter den asiatischen Ländern Indien das industriell verhältnismäßig am weitesten fortgeschrittene Land ist mit eigener Unternehmerschicht, eigenem Industrieproletariat und – in Parallele zu den vorkommunistisch-russischen Verhältnissen – einer großen Masse landloser Landarbeiter oder landarmer Bauern. In ihrem Anspruch, Trägerin des Klassenkampfes der Industriearbeiter und Bauern zu sein, ist die Kommunistische Partei Indiens (CPI) der Gegner der indischen Regierung und der Kongreßpartei, auf die sich jene stützt, ebenso aber auch der verschiedenen sozialistischen Gruppen und vor allem auch der Gandhi-Bewegung und ihrer Nachfolgerin, der Bhoodan-Bewegung.

Auf der anderen Seite steht das hiermit konkurrierende Motiv, alle asiatischen Nationalismen in ihrem Kampf gegen die ehemals vorherrschenden westlichen Mächte als Bundesgenossen im proletarischen Weltkampf bzw. als Bundesgenossen der Sowjetunion zu betrachten. Die sowjetrussische Einstellung zu Indien ist von diesen beiden Motiven abwechselnd beherrscht worden, und entsprechend hat sich die CPI verhalten. Freilich überkreuzen sich diese beiden Motive, und hieraus erklärt sich die komplizierte Situation des Kommunismus in Indien.

Der Ausgangspunkt einer aktiven kommunistischen Asienpolitik ist Lenins Schrift über den Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, die während des Weltkrieges geschrieben wurde. Lenin setzt sich hier u. a. mit der Frage auseinander, wie es zu erklären sei, daß in den kapitalistischen Ländern des Westens die sozialistische Revolution ausblieb und sich im Gegenteil die sozialdemokratischen Arbeiterparteien solidarisch in die Kriegsanstrengungen ihrer Staaten einschalteten. Seine Antwort lautete, daß das Proletariat gespalten sei. Ein Teil sei Teilhaber geworden an dem Gewinn der kapitalistischen Ausbeutung, deren eigentliches Opfer nicht mehr das europäische Industrieproletariat als Ganzes, sondern im Zeitalter des Imperialismus die kolonialen und abhängigen Völker darstellten. Die im Drama der Geschichtsdialektik vorgesehene Rolle des revolutionären Proletariats, die ihr bisheriger Träger, die europäische Arbeiterschaft, nicht ganz zur Zufriedenheit des marxistischen Theoretikers spielte, wurde nun anderen Trägern zugewiesen. Die nationalen Befreiungsbewegungen in den außereuropäischen Ländern erhielten einen klassenkämpferischen Wertakzent. Den proletarischen Bewegungen innerhalb der kolonialen Länder wurde die Aufgabe zugesprochen, sich in die ursprünglich von Intelligenz und Mittelstand getragenen Freiheitsbewegungen hineinzustellen, um diese über eine erfolgreiche nationale und demokratische Befreiung und Revolution hinweg bis zur sozialistischen Revolution voranzutreiben. Die Kommunistische Internationale stellte zunächst ihre Taktik auf diese Theorie ein. Auf dem 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale 1920 wurden „Thesen über die

nationalen und kolonialen Fragen“ aufgestellt³, in denen die kommunistischen Parteien angewiesen wurden, die Befreiungsbewegungen in diesen Ländern zu unterstützen und hierbei, wo erforderlich, eine zeitweilige Allianz mit den bürgerlich-demokratischen Gruppen einzugehen. Diese taktische Linie galt bis zu Lenins Tod. Sie war formuliert worden im wesentlichen im Hinblick auf China, während es in Indien in diesen Jahren noch keine politisch ins Gewicht fallende kommunistische Partei gab. Diese Taktik führte jedoch gerade in China zu einem eklatanten Mißerfolg: die Kommunisten wurden 1927 von der Kuomintang überspielt und schließlich durch Tschiangkaischek geschlagen.

Dies führte zu einer Revision der taktischen Linie auf dem 6. Weltkongreß der Komintern Juli/September 1928⁴. Hier wurde vor einer Verwischung der Grenzen zwischen der kommunistischen und bürgerlich-nationalen Bewegung gewarnt und den Kommunisten in den asiatischen Ländern die Anweisung gegeben, sich „sowohl politisch wie organisatorisch in der schärfsten Weise von allen kleinbürgerlichen Gruppen und Parteien abzugrenzen“, wenn auch taktisch zeitweilige Übereinstimmung mit diesen Gruppen nicht ausgeschlossen sein sollte.

Es sei hier vermerkt, daß der führende Kopf der indischen Kommunisten, M. N. Roy, schon auf dem 2. Kongreß der Internationale 1920 diese Forderung gegenüber Lenin vertreten hatte, ohne sich mit seiner Ansicht durchsetzen zu können⁵. Wenn er gerade jetzt in Ungnade fiel und kurze Zeit später aus der Komintern ausgeschlossen wurde, gerade in dem Augenblick also, als seine eigene Überzeugung von der einzuschlagenden politischen Linie akzeptiert wurde, so erklärt sich dies aus persönlichen Rivalitäten und überhaupt aus der problematischen Figur Roys. Er, der seit dem Weltkriege im Ausland lebte, kehrte später nach Indien zurück, um hier gegen den Kommunismus einen sogenannten „radikalen Humanismus“ zu vertreten. Dieser erlangte kein politisches Gewicht, ist aber nicht ohne Interesse als eine Form intellektueller Linksideologie, in der ein bewußt radikaler Schnitt gegenüber der spirituellen indischen Tradition vollzogen wird⁶.

Die Änderung der strategischen Linie erklärt sich also einmal aus dem Mißerfolg dieser Politik in China. Aber noch ein weiteres Moment ist zur Erklärung heranzuziehen. Die Sowjetunion hatte die ersten Jahre der nachrevolutionären Wirren überstanden. Sie brauchte keine Intervention fremder Mächte mehr zu fürchten. Der neue Staat begann sich zu konsolidieren. Da es andererseits nicht zu dem erwarteten Zusammenbruch des Imperialismus und Kapitalismus gekommen war, konzentrierte sich in der Stalin-Ära die Sowjetunion darauf, den Kommunismus in einem Lande aufzubauen. Die Komintern verlor in den folgenden Jahren an

³ Eudin/North, a. a. O., S. 39 ff. und Dok. 18–22, S. 63 ff.

⁴ zit. Overstreet/Windmiller, a. a. O., S. 120.

⁵ Supplementary Theses on the National and Colonial Questions, Presented to the Second Congress of the Communist International by M. N. Roy, Eudin/West, a. a. O., Nr. 19.

⁶ Seiner Kritik verfällt auch die Bhagavad Gita, „which is the Gospel of orthodox Nationalism“, wegen der hier von „Lord Krishna selbst“ gepredigten „Doktrin der Ungleichheit“, vgl. M. N. Roy, *India's Message*, Calcutta 1950, S. 163.

Bedeutung. Nur noch einmal im Jahre 1955 hat ein Kongreß stattgefunden. Im übrigen wurde sie zu einer Stelle der Befehlsübermittlung. Die jeweilige politische Einstellung der kommunistischen Parteien außerhalb der Sowjetunion wurde zu einem Faktor der sowjetischen Außenpolitik und von dorthier bestimmt. Es läßt sich nun in der Stalin-Ära beobachten, daß in Zeiten äußerer Bedrängnis, d. h. immer dann, wenn die Sowjetunion Annäherung an andere Mächte oder Bündnispartner in der kapitalistischen Welt suchte, das Verhalten der kommunistischen Parteien zu bürgerlichen politischen Gruppen entsprechend beeinflußt wurde.

Dem Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund 1954 entsprach in der Einstellung des Weltkommunismus eine „Volksfrontpolitik“. Vollends wurden in der Zeit des Kriegsbündnisses zwischen der Sowjetunion und den Westmächten die kommunistischen Parteien angewiesen, die Kriegsanstrengungen der Kolonialmächte zu unterstützen. Die indischen Kommunisten gerieten damals in eine innerlich widerspruchsvolle Lage. Sie setzten sich dafür ein, alle Hilfsmittel Indiens zur Unterstützung des Britischen Imperiums im Kriege gegen Deutschland zu verwenden, während Gandhi und der Kongreß im Gegenteil die Kriegssituation benutzten, um unter der Parole „Verlaßt Indien jetzt!“ das Ende der britischen Herrschaft und die nationale Befreiung herbeizuführen.

Eine neue Situation ergab sich, als das Kriegsbündnis auseinanderbrach und mit dem Siege des Kommunismus in Ost- und Südosteuropa sowie in China die Welt sich in zwei antagonistische Machtblöcke spaltete. Es wurde nun nach dem Zweiten Weltkrieg die Frage akut, welche Chancen für einen Weltsieg des Kommunismus gegeben seien. Indien hat seitdem in der Weltstrategie des Kommunismus eine zentrale Bedeutung erlangt. Alle Welt und nicht zuletzt die Inder selbst sind sich darüber klar, von welcher entscheidenden Bedeutung es für die sozialökonomische und politische Entwicklung Gesamtasiens und darüber hinaus für das schließliche Kräfteverhältnis in der Welt überhaupt sein wird, welchen Weg dieses 400-Millionen-Volk geht.

Diese neue Phase der sowjetisch-indischen Beziehungen und damit auch der Politik der Kommunistischen Partei Indiens wurde eingeleitet mit der Reise Bulganins und Chruschtschows nach Indien im Jahre 1955 und durch den 20. Parteitag der KPdSU im Februar 1956. Durch die Reise der beiden sowjetischen Staatsführer nach Indien wurde die Neutralitätspolitik Nehrus von der Sowjetunion vor der Weltöffentlichkeit feierlich bestätigt. Dies geschah im Zeichen der Koexistenzparole, die das friedliche und freundschaftliche Zusammenleben von Völkern verschiedener sozialökonomischer Struktur proklamierte. Auf dem 20. Parteitag wurde diese These ergänzt durch die Absage an die gewaltsame Revolution als einzig möglichen Weg zum Kommunismus.

Im Hinblick auf die Beurteilung der innenpolitischen Kräfte in Indien führte diese Doppelthese zu einer erheblichen Revision bisheriger Urteile. Namentlich wurde die Beurteilung Gandhis hiervon betroffen. War er bisher von den Sowjetideologen als Parteigänger des britischen Kapitalismus sowie der indischen Großbourgeoisie und Großgrundbesitzer plakatiert worden, hatte ihn die große Sowjet-

enzyklopädie noch im Jahre 1952 als den „Begründer einer reaktionären politischen Doktrin“ gebrandmarkt⁷, so fanden Bulganin und Chruschtschow während ihrer Reise durch Indien 1955 ganz andere Worte. Gandhi wurde jetzt zu einem Patriot und Freund des Volkes, der nicht wenig zur Entwicklung der friedfertigen Anschauungen der Inder und zu ihrem Kampf um die Unabhängigkeit beigetragen habe. Entsprechend erklärte auf dem 20. Parteitag der finnische Kommunist Kuusinen, daß es gelte, „sektiererische Fehler zu korrigieren, die in den vergangenen Jahren in einige Reden und Äußerungen sowjetischer Orientalisten und in Veröffentlichungen der Kommunistischen Internationale gekommen waren. Ausschließlich von der Kritik der philosophischen Anschauungen Gandhis ausgehend, die bekanntlich mit den Anschauungen des Marxismus-Leninismus bei weitem nicht übereinstimmen, äußerten sich einige unserer Publizisten derartig einseitig, daß sie die positive historische Rolle Gandhis negierten.“ Kuusinen kritisierte in aller Schärfe die Thesen des 6. Kongresses der Komintern zur kolonialen Frage, und zwar besonders „die in diesen Thesen gegebene Charakteristik und Einschätzung der Rolle der nationalen Bourgeoisie in den kolonialen und halbkolonialen Ländern“. Diese früher von ihm selbst vertretenen Thesen brandmarkte er nun als Sektierertum⁸.

⁷ Bol'saja Sovetskaja Enciklopedija, Bd. 10, Moskau 1952, Art. Gandhi. Man muß die spätere Neueinschätzung Gandhis vor dem Hintergrund des hier gezeichneten Zerrbildes sehen, um zu würdigen, was die Umwertung für die indischen Kommunisten bedeuten mußte. In jenem Artikel – dessen Übersetzung ich der Liebenswürdigkeit meines Kollegen G. v. Rauch verdanke – heißt es u. a.: „... Die Rolle . . . Gandhis in der Entwicklung der nationalen Befreiungsbewegung spiegelt die verräterische Haltung des indischen Großbürgertums und der liberalen Gutsbesitzer wider. Sie bildeten zusammen mit den Imperialisten einen Block gegen das Volk, sahen den Hauptfeind im eigenen Volke und versuchten gleichzeitig die nationale Befreiungsbewegung zu benutzen, um Konzessionen von den Imperialisten zu erwirken. In der Periode des Aufschwungs der nationalen Befreiungsbewegung in den Jahren 1919–1922 wurde G. zum anerkannten Führer der Partei der indischen Kapitalisten und liberalen Gutsbesitzer, des Nationalkongresses. Er bemühte sich, die Unterstützung der Massen für den Kongreß zu erweitern, indem er sich zur Aufgabe setzte, die nationale Bewegung der bürgerlich-gutsherrlichen Führung unterzuordnen und den Massen seine religiöse Ideologie der Gewaltlosigkeit und der Negierung des Klassenkampfes aufzudrängen. Als die Bewegung begann, in eine Revolution auszuwachsen, verriet G. das Volk und half den Imperialisten, den Aufstand niederzuwerfen. So handelte G. in der Zeit des revolutionären Aufschwungs 1929–32.

G. spielte geschickt mit den religiösen Vorurteilen der Massen, idealisierte in jeder Weise die ständische Kastenschichtung aus dem mittelalterlichen Indien und rief dazu auf, hierher zurückzukehren. In seinem persönlichen Leben ahmte G. die Asketen nach. Mit Worten verurteilte G. die Großkapitalisten und die englische Kolonialpolitik und gab sich in demagogischer Weise für einen Anhänger der indischen Unabhängigkeit und einen Gegner der Engländer aus . . . Stalin hat in dem politischen Bericht des Zentralkomitees vor dem 16. Parteikongreß im Juni 1950, als er von dem Anwachsen der revolutionären Bewegung in den Ländern des Ostens sprach, darauf hingewiesen: „Die Herren Bourgeois rechnen damit, diese Länder mit Blut zu überströmen und sich auf Polizeibajonette zu stützen, indem sie zugleich Leute wie G. zu Hilfe rufen“, (Werke, Bd. 12, S. 252)“.

⁸ XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion 1956, S. 279.

Diese Neuorientierung der sowjetischen Außenpolitik und ihre Freundschaft mit dem neutralen Indien zwischen den Machtblöcken, das von der „nationalen Bourgeoisie“ der Kongreßpartei geführt wurde, gab der CPI starken Auftrieb, was sich bei den Wahlen von 1957 zeigte⁹. Zugleich wurde sie veranlaßt, ihre Einstellung zur Regierung Nehru der neuen außenpolitischen Konstellation anzupassen. Das geschah auf dem Parteikongreß von Amritsar 1958, von dem später die Rede sein wird.

Als Ergebnis dieser Überlegungen zur Entwicklung des sowjetisch-indischen Verhältnisses und zu ihrem Reflex auf die politische Einstellung der indischen Kommunisten läßt sich für die durch den Bulganin-Chruschtschow-Besuch und den 20. Kongreß der KPdSU markierte Phase der sowjetisch-indischen Beziehungen folgendes festhalten: Die Einstellung der indischen Kommunisten zum indischen Staat wurde von einer tiefen Widersprüchlichkeit bestimmt, die sich in einer theoretischen Formel vielleicht auflösen, nicht jedoch in der Praxis überwinden ließ. Die theoretische Formel, wie sie etwa in den Spalten des führenden ideologischen Parteiorgans *The New Age Monthly* ausgesprochen wurde, lautete, daß man außenpolitisch die Regierung Nehru unterstütze wegen ihrer Freundschaftspolitik mit der Sowjetunion, daß aber innenpolitisch die Kongreßpartei der eigentliche Klassengegner bleibe. Der indische Kommunismus stand und steht jedoch vor der von der ursprünglich leninistischen Position her nicht zu deutenden Tatsache, daß die nationale Befreiung ohne Revolution vor sich gegangen ist und daß dem Sieg der bürgerlich-nationalen Bewegung durchaus nicht, wie es programmatisch hätte geschehen müssen, eine soziale Revolution auf dem Fuße folgte. Man deutete daher das immer noch sehr starke Engagement britischen Kapitals in Indien wie auch die Zugehörigkeit zum Commonwealth als Reste der noch nicht völlig abgeschüttelten Fremdherrschaft, mit der man die Kongreßpartei identifizierte, die doch in Gestalt der Regierung Nehru andererseits politisch und wirtschaftlich von seiten der Sowjetunion unterstützt wurde und deren Außenpolitik man deswegen insgesamt bejahte. Noch komplizierter ist schließlich das Verhältnis dadurch geworden, daß die ursprüngliche Freundschaft Indiens mit dem kommunistischen China einer erbitterten Feindschaft wich. Die indischen Kommunisten gerieten zugleich in das Spannungsfeld der ideologischen Auseinandersetzungen zwischen Moskau und Peking.

II

Die taktischen Umorientierungen der indischen Kommunisten lassen folgende Hauptphasen erkennen. Sie sind teils Reflex der ideologisch-politischen Entwicklung im Bereich des Gesamtcommunismus, teils aus der besonderen indischen Situation zu erklären.

⁹ s. u. Anm. 25.

1920–1928, Die Anfänge der CPI:

Die Anfänge des indischen Kommunismus liegen bei Emigrantengruppen in Mexiko, Berlin und Moskau. Zahlenmäßig fielen sie nicht ins Gewicht. Am Ende dieser Periode hatten sie nur wenige Hundert Mitglieder. Die 1920 in der Komintern zutage getretene Differenz zwischen Lenin und Roy, später zwischen Stalin und Roy über die taktische Einstellung zur nationalen Bourgeoisie hatte deswegen nur wenig praktische Bedeutung. Die indischen Kommunisten versuchten in dieser Zeit im großen und ganzen entsprechend der Linie der Komintern, aber auch unter dem Einfluß der britischen Kommunisten stehend, im Rahmen der Kongreßpartei für ihre Sache zu wirken.

1929–1934. Die Periode der taktischen Isolierung:

Entsprechend Moskauer Direktiven auf Grund des 6. Kominternkongresses (Juli/September 1928) grenzte sich die CPI jetzt scharf gegen die Kongreßpartei ab, und zwar auch gegen dessen linke, sozialistische und sogar ausgesprochen marxistische Gruppen.

Es ist von grundlegender Bedeutung für das Verständnis der Politik des späteren unabhängigen Indiens, daß schon zu einer sehr frühen Zeit indische Intellektuelle die Sowjetunion besuchten und mit großer Sympathie über das sich hier vollziehende Experiment berichteten, wie ein agrarisches, wirtschaftlich rückständiges Volk unter der Führung der Kommunistischen Partei wirtschaftlich und sozial neue Wege beschritt und kräftig voranstrebte. Hier ist hinzuweisen auf Rabindranath Tagores Briefe aus der Sowjetunion¹⁰ und namentlich auf Nehrus Reisebericht vom Jahre 1928¹¹. Tagore hegte reformsozialistische Ideen. Der Ansatz war für ihn das Dorf. Er nahm an, daß es hier früher eine patriarchalische Gemeinwirtschaft gegeben habe. Unter dem Eindruck seiner Rußlandreise war er bereit, dem Staat eine größere Rolle für die Verwirklichung des Sozialismus zuzuschreiben. In der Energie und Planmäßigkeit, mit der in Sowjetrußland das Erziehungswesen aufgebaut wurde, sah er ein Vorbild für Indien, so sehr auch das in seiner Schule Santiniketan geübte Erziehungsideal der harmonischen Persönlichkeitsbildung von dem sowjetischen verschieden war. Durch Tagore ist es – trotz oder auch gerade wegen der Hinderungsmaßnahmen der britischen Zensur gegen seine Berichte über Rußland¹² – für den Intellektuellen legitim und unverdächtig geworden, sich unbefangen über sowjetische Leistungen zu äußern. Insofern berufen sich auch die indischen Kommunisten gern auf seine Autorität: „Nicht ein Tag vergeht“, so zitiert die kommunistische Zeitschrift „The New Age“ 1957 in ihrer Gedenknummer zur Oktoberrevolution aus einem Rußlandbrief Tagores, „ohne daß ich die Bedingungen hier mit denen in Indien vergleiche . . . Die Lebensbedingungen des einfachen Volkes hier waren noch vor ein paar Jahren die gleichen wie in Indien. Aber wäh-

¹⁰ Hira Lal Seth, *Tagore on Socialism and Russia*, Lahore o. J.

¹¹ Jawaharlal Nehru, *Soviet Russia*, Bombay 1929, 2. Aufl. 1949, eine Sammlung von Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln, die 1928 zuerst erschienen.

¹² Vgl. dazu J. Nehru, *An Autobiography*, London 1936, S. 585.

rend jene in kurzer Zeit einen schnellen Fortschritt gewonnen haben, bleiben wir wie vorher: bis an den Hals versunken in den Sumpf der Unbeweglichkeit.“¹³ Auch Nehru, zwei Jahre vor Tagore in Rußland, vergleicht die beiden Länder: „Rußland interessiert uns“, so schrieb er, „weil es uns helfen mag, eine Lösung für die heutigen großen Weltprobleme zu finden. Es interessiert uns insbesondere, weil die Lebensbedingungen dort nicht sehr verschieden von den Lebensbedingungen in Indien waren und selbst heute noch sind. Beide sind große Ackerbauländer mit den ersten Anfängen der Industrialisierung, und beide haben mit Armut und Analphabetentum zu kämpfen. Wenn Rußland hierfür eine befriedigende Lösung findet, dann wird unsere Arbeit hier in Indien leichter gemacht.“¹⁴ Rußland habe die „Stimmen der Menschlichkeit“ auf seiner Seite. Daher die „Faszination“, die von ihm ausstrahle. Er empfahl den indischen Intellektuellen das Studium von Schriften über die Sowjetunion und Informationsreisen dorthin und verwies sie auch auf die Lektüre der offiziellen sowjetischen Propagandabroschüren¹⁵. Dazu kam für Nehru eine außenpolitische Überlegung: Die Inder seien in einer von den Briten sorgfältig gehegten Tradition der Feindschaft gegen das Reich des Zaren und dessen sowjetische Nachfolger aufgewachsen. Aber, so fragte er, „gibt es irgendeinen Grund, warum wir in Indien die uralte Rivalität Englands gegen Rußland übernehmen sollten?“¹⁶

Nehru wurde der Führer der linken Gruppe im Kongreß, und er bekannte sich noch in seiner Autobiographie vom Jahre 1936 zu der Methode, die Karl Marx für die Analyse von Gesellschaftsphänomenen entwickelt habe: „Marx mag in einigen seiner Feststellungen oder in seiner Werttheorie unrecht haben; dies zu beurteilen bin ich nicht kompetent. Aber er scheint mir ein ganz außergewöhnliches Maß an Einsicht in Sozialphänomene besessen zu haben, und diese Einsicht beruhte offensichtlich auf der wissenschaftlichen Methode, die er anwandte. Diese auf vergangene Geschichte sowohl wie auf das Gegenwartsgeschehen angewandte Methode hilft uns zu einem weit besseren Verständnis als jede andere Weise, mit ihnen umzugehen, und so kommt es, daß die aufschlußreichsten und schärfsten Analysen der Veränderungen, die heute in der Welt vor sich gehen, von marxistischen Autoren gegeben werden. Es ist leicht darauf hinzuweisen, daß Marx bestimmte spätere Tendenzen nicht kannte oder unterschätzte, wie die Entstehung eines revolutionären Elementes in der Mittelklasse, das heute so sichtbar ist. Aber der ganze Wert des Marxismus scheint mir darin zu liegen, daß er undogmatisch ist, daß er Nachdruck legt auf eine bestimmte Art, die Dinge anzuschauen und mit ihnen umzugehen, und daß er zur Aktion führt. Diese Anschauung hilft uns, die Sozialphänomene unserer eigenen Zeit zu verstehen, und weist auf den Weg der Handlung und der Rettung.“¹⁷

¹³ *The New Age*, Jg. 6 (1957), H. 11, S. 9.

¹⁴ Nehru, *Soviet Russia*, S. 3.

¹⁵ Ebd. S. 54 f. Nehru teilte seinen Lesern für die Beschaffung sowjetischer Informationsschriften die Moskauer Adresse der „Society for Cultural Relations to Foreign Countries“ mit.

¹⁶ Ebd. S. 126 f.

¹⁷ Nehru, *Autobiography*, S. 591 f.

Schließlich bildete sich im Kongreß eine eigene sozialistische Partei. Zu ihren bedeutendsten Köpfen zählten Subhas Chandra Bose, im Zweiten Weltkrieg Schöpfer und Führer der indischen Befreiungsarmee in Burma, und Jayaprakash Narayan, einer der hervorragendsten Köpfe im politischen Leben Indiens, der sich später zur Landgabebewegung Vinoba Bhaves schlug, auf dessen Rückkehr ins politische Leben manche Inder wohl vergeblich Hoffnungen setzten und der heute von den Kommunisten als Faschist verdächtigt wird¹⁸. Diese im Kongreß aufkommenden sozialistischen Tendenzen wurden jedoch, unbeschadet ihrer aufgeschlossenen Haltung gegenüber der Sowjetunion, ebenso wie die Gandhi-Bewegung von den Kommunisten in jener Periode der faktischen Isolierung und illegalen Aktivität radikal verworfen. Die sozialistischen Tendenzen im Kongreß galten als „linkes Manöver der Bourgeoisie“ und wurden als „Sozialfaschismus“ gebrandmarkt¹⁹. Erst recht war das Urteil über Gandhi radikal ablehnend. Hier hatte ursprünglich M. N. Roy den Ton angegeben, wenn er die Gandhi-Bewegung schlechthin als reaktionär bezeichnete²⁰. So lautete in dieser Periode auch das parteioffizielle Urteil der Kommunisten: „Die Politik des Gandhismus . . . kleidet sich in den Mantel vager Formeln über Liebe, Milde, bescheidenes und hart arbeitendes Dasein, Erleichterung der Last der Bauern, nationale Einheit, die besondere historische Mission des Hinduismus usw. Aber unter diesem Mantel predigt und verteidigt er die Interessen der indischen Kapitalisten, die Unvermeidlichkeit und Weisheit einer Einteilung der Gesellschaft in reich und arm, ewige soziale Ungleichheit und Ausbeutung. Das heißt, er predigt das Interesse der kapitalistischen Entwicklung Indiens, erkaufte mit Hunger und Schweiß der arbeitenden Volksmassen, und das in Verbindung mit dem Weltimperialismus.“²¹ Die indischen Kommunisten boykottierten daher in den Jahren 1930 und 1932 die Feldzüge des zivilen Ungehorsams, die von Gandhi geführt wurden, und die bisher einheitliche indische Gewerkschaftsbewegung brach auseinander in kommunistisch und sozialistisch geführte Organisationen.

¹⁸ In der erwähnten Gedenknummer von *New Age* 1957, wurde er wie Tagore und Nehru wegen seines der Sowjetunion gespendeten Lobes zitiert: „... while every national and international effort at solving the present crisis of capitalism objectly failed, Russia alone has kept her head high, has made steady progress in production and in raising the standard of living“. Aus Jayaprakash Narayan, *Why Socialism*, S. 35; zit. *New Age*, Jg. 6 (1957), H. 11, S. 13.

¹⁹ In dem wichtigsten Dokument dieser illegalen, ultralinken Periode der CPI, der „Draft Platform of Action of the C. P. of India“ (Text: *International Press Correspondence*, Bd. 10, 18. Dez. 1930; abgedruckt in V. B. Karnik, (Hrsgb.), *Indian Communist Party Documents 1930–1956*, S. 1–21) heißt es: „... The most harmful and dangerous obstacle to victory of the Indian revolution is the agitation carried on by the left elements of the National Congress led by Jawaharlal Nehru, Bose, Ginwalla and others The exposure of the left Congress leaders who may once again undertake to set up a new party or organisation like the former League of Independance, in order once again to bamboozle the mass of the workers is the primary task of our party. Ruthless war on the left National Reformists is an essential condition if we are to isolate the latter from the workers and mass of the peasantry, and mobilise the latter under the banner of the Communist Party and the antiimperialist agrarian revolution in India.“

²⁰ M. N. Roy, *India in transition*, S. 205, zit. bei Overstreet/Windmiller, a. a. O., S. 40.

²¹ Platform of Action 1930, vgl. oben Anm. 19.

1935–1941. Die Volksfrontperiode

Der Nationalsozialismus in Deutschland veranlaßte die Sowjetunion zur Revision ihrer Außenpolitik. Sie trat in den Völkerbund ein. Diese Annäherung an die westlichen Demokratien bedeutete für die politische Orientierung der kommunistischen Parteien eine taktische Annäherung an Sozialisten sowie linksorientierte demokratische Gruppen. Diese sogenannte Volksfrontpolitik wirkte sich auch auf Indien aus, nachdem sie vom 7. Weltkongreß der Komintern 1935 offiziell verkündet worden war. In einem von dem chinesischen Kommunisten Wang Ming verfaßten Bericht über „Die revolutionäre Bewegung in den Kolonialgebieten“ hieß es im Hinblick auf Indien: „Unsere Kameraden in Indien haben lange Zeit an linkssektiererischen Irrtümern gelitten. Sie nahmen an all den Massendemonstrationen nicht teil, wie sie vom Nationalkongreß oder mit ihm verbundenen Organisationen durchgeführt wurden. Gleichzeitig aber waren die indischen Kommunisten nicht stark genug, um unabhängig davon eine mächtige antiimperialistische Massenbewegung ins Leben zu rufen. Als Folge hiervon wurden die indischen Kommunisten in erheblichem Maße von der Masse des Volkes isoliert.“²² Für Indien wurde die neue Volksfrontpolitik von den britischen Kommunisten Palme Dutt und Ben Bradley formuliert und von C. P. Joshi, dem ersten Generalsekretär der 1935 offiziell gegründeten Partei durchgeführt. Sie forderten die Bildung einer breiten antiimperialistischen Front bis hin zu den Liberalen des Kongresses. Die Congress Socialist Party begrüßte diese taktische Schwenkung der Kommunisten und erklärte sich zur Herstellung einer sozialistischen Einheitsfront bereit. Nicht wenige Kommunisten wurden zugleich als Funktionäre in die Congress Socialist Party aufgenommen. So fungierte Namboodiripad, der spätere kommunistische Ministerpräsident von Kerala, eine Zeitlang als einer der Sekretäre der Sozialistischen Kongreßpartei. Die taktische Umorientierung der indischen Kommunisten führte, wie gesagt, auch zu einer Neueinschätzung Gandhis. Die „militanten“ und „antiimperialistischen“ Züge seines Kampfes erschienen jetzt in positivem Licht. Es gelang den Kommunisten insgesamt in dieser Periode, außerhalb ihrer eigenen engeren Reihen Einfluß und Mitläufer zu gewinnen. Vor allem im Südwesten Indiens, im Gebiet des späteren Staates Kerala, wurden die Grenzen zwischen Kommunismus und Sozialismus fließend.

Dieser wachsende Einfluß der Kommunistischen Partei in Indien wurde auch nicht durch das jähe Ende der Volksfrontpolitik in Europa aufgehalten, welches durch den Hitler-Stalin-Pakt und den Ausbruch des Krieges herbeigeführt wurde. Im Gegenteil! Sie war in einer glücklicheren Lage als andere Schwesterparteien, etwa in Großbritannien, deren nationale und internationale Solidarität in Konflikt miteinander geriet. Wenn die indischen Kommunisten gegen die Einbeziehung ihres Landes in den Krieg agierten, so geschah dies in Übereinstimmung mit der russischen Außenpolitik sowie mit der vom Kongreß und von Gandhi in Indien verfolgten Linie.

²² Wang Ming, *The revolutionary Movement in the Colonial Countries*, New York 1935, zit. bei Overstreet/Windmiller, a. a. O., S. 157f.

1941–1947. Die erste Periode der nationalen Isolierung:

Eine jähe Wende brachte der Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges und der Abschluß des Kriegsbündnisses zwischen den Westmächten und der Sowjetunion. Was bisher imperialistischer Krieg hieß, wurde nun Volkskrieg genannt. Die englandfreundliche Haltung der indischen Kommunisten im Kriege führte zu einer völligen Isolierung und erheblichen Schwächung ihrer Partei. In den Augen des indischen Volkes erhielten die Kommunisten das Stigma der nationalen Unzuverlässigkeit – das Schlimmste, was sich von der Leninschen Ausgangsthese einer Solidarität zwischen den nationalen Befreiungsbewegungen und der sozialistischen Revolution her überhaupt denken lassen konnte!

So erklärt es sich, daß in den Jahren 1945–1947, d. h. vom Ende des Krieges bis zur Erlangung der Unabhängigkeit, die Kommunisten dadurch erneut Einfluß zu gewinnen trachteten, daß sie sich hinter Nehru stellten. Wie gering der Einfluß der CPI unmittelbar nach dem Kriege war, erhellt aus der Tatsache, daß bei den Wahlen zur Central Legislative Assembly 1945 kein einziger kommunistischer Abgeordneter durchkam.

1948–1949. Die Periode direkter Aktionen:

Der Bruch des Kriegsbündnisses zwischen der Sowjetunion und den Westmächten führte zu einer abermaligen Neuorientierung des indischen Kommunismus. Der Generalsekretär Joshi wurde von seinem Posten durch Ranadive, den Führer des linken Flügels der Partei, verdrängt. Die indischen Kommunisten gingen unter Ranadive erneut in eine linksextreme Isolierung und begannen nun in einigen Gegenden Indiens eine Reihe von gewaltsamen Aktionen (vor allem in Telengana, Hyderabad). Die Partei beurteilte die Lage jetzt so, daß durch solche Gewaltaktionen die noch nicht vollendete „bürgerliche Revolution“ zum Abschluß gebracht und unmittelbar in die „sozialistische Revolution“ überführt werde müsse. Ihnen galt trotz der Gewinnung der staatlichen Unabhängigkeit die imperialistische Fremdherrschaft über Indien als noch nicht gebrochen. Der nationale Befreiungskampf war also, ebenso wie die Revolution, erst zu Ende zu führen. Beides, nationale Befreiung und Revolution, verbanden sich wieder zu einem Ziel. In dieser Situation gewann das Beispiel der eben vollendeten chinesischen Revolution Bedeutung für Indien. In einer Grußbotschaft Ranadives an Mao-Tse-Tung zur Begründung der chinesischen Volksrepublik hieß es von der Regierung Nehru, daß sie, „dem Diktat der anglo-amerikanischen Imperialisten“ folge, „die Indien als Bastion der Reaktion gegen China auszubauen trachteten“, und Mao antwortete, daß „Indien nicht mehr lange unter dem Joch des Imperialismus bleiben werde“, d. h. seine nationale Freiheit erst noch gewinnen müsse²³.

Ranadive erinnert in seinem Radikalismus an den ersten indischen Kommunistenführer Roy. Das Ergebnis war jedoch für die indischen Kommunisten enttäuschend. Die Gewaltmethoden entsprachen offensichtlich nicht dem Temperament der Inder.

²³ Beides in Indian Comm. Party Doc., S. 46–48.

Die Mitgliedschaft der Partei, die sich in der Periode Joshi von 150 im Jahre 1934 auf fast 90 000 im Jahre 1948 gehoben hatte, sank unter Ranadive in den Jahren 1948–1950 auf 20 000 herab²⁴. Die Folge war ein abermaliger Kurswechsel.

1950–1959. Die Periode der taktischen Legalität:

Die ersten Wahlen zum indischen Zentralparlament, 1952, nahten heran. Wenn die Kommunisten eine Chance haben wollten, mußten sie eine den Wählern einleuchtendere Linie einschlagen. In Analogie zu der Volksfronttaktik der europäischen Kommunisten der 30er Jahre und zu der taktischen Linie der sogenannten volksdemokratischen Regierungen in Ost- und Südosteuropa suchten sie nun wieder einen Anschluß nach rechts bei den verschiedenen sozialistischen Gruppen. Die Gewaltaktionen wurden abgebrochen. In das neu gewählte Zentralkomitee traten damals u. a. Ghosh und Namboodiripad ein. Ghosh († 1961) bestimmte als Generalsekretär der Partei (seit 1951) und Herausgeber der Monatsschrift „The New Age“ weitgehend den neuen Kurs. Neben ihm stand Namboodiripad als der bedeutendste Vertreter der gemäßigten Richtung. Diese hatte den Erfolg, daß die mancherorts bestehenden Verbote gegen die Kommunistische Partei aufgehoben wurden. Die Kommunisten bekannten sich zur Methode legaler Aktionen und traten zur Vorbereitung der Wahl in Wahlabsprachen mit sozialistischen Gruppen ein²⁵. Sie gewannen wieder an Boden. Zur Erklärung muß hierfür auch auf den Korea-Krieg hingewiesen werden, der im indischen Volk starke antiimperialistische Emotionen wachrief. Die Kommunistische Partei erlangte 3,3% der abgegebenen Stimmen und 16 von insgesamt 489 Sitzen im Zentralparlament²⁶. Auch in die gesetzgebenden Versammlungen der Länder hielt sie nun ihren Einzug.

Diese anscheinend zum Erfolg führende Linie der Legalität wurde nach dem 20. Parteikongreß der KPdSU und nach der vorhin behandelten Neuorientierung der sowjetischen Außenpolitik gegenüber Indien noch schärfer akzentuiert. Der

²⁴ Tabelle über Entwicklung der Parteimitgliedschaft auf Grund verschiedener publizistischer Quellen für den Zeitraum 1934 bis 1957 bei Overstreet/Windmiller, a. a. O., S. 357.

²⁵ Über diese taktische Phase eine vorzügliche Studie von Madhu Limaye, *Indian Communism Today*, in: *Pacific Affairs*, Jg. 27 (1954), unter dem gleichen Titel als Broschüre, Bombay o. J.

²⁶ Die Parlamentswahlen 1952, 1957 und 1962 in ihrem Ergebnis für die Kommunistische Partei

	1952			1957			1962		
	Stimm. in Mill.	%	Abge- ordnete	Stimm. in Mill.	%	Abge- ordnete	Stimm. in Mill.	%	Abge- ordnete
GPI	3.484	3.5	16	10.7	8.9	27	11.399	10	29
Gesamt	105.9		489	120.5		494	113.7		494

Die Zahlen sind entnommen den offiziellen Wahlstatistiken und einer Übersicht im Bulletin der ind. Botschaft in Bonn, Bd. 12 (1962), Nr. 5.

20. Parteikongreß hatte die These von der Möglichkeit eines demokratischen Weges zum Sozialismus aufgestellt. Die CPI übernahm diesen Grundsatz für ihre eigene Agitation. Bei den zweiten allgemeinen Wahlen 1957 konnte sie ihre Stimmzahl mehr als verdoppeln (8,9%). Sie errang 27 von insgesamt 494 Sitzen. Der neue Standort der Partei wurde schließlich auf einem außerordentlichen Kongreß in Amritsar im April 1958 fixiert. Hier wurde ein neues Parteistatut beschlossen; unter Aufgabe der Zellenstruktur der Partei (jedenfalls für die Oberflächenorganisation) sollte die Voraussetzung geschaffen werden für die Entwicklung zu einer Massenorganisation. Als Ziel der Partei wurde „Sozialismus durch friedliche Mittel“ proklamiert. Man erklärte sich zugunsten des Mehrparteiensystems, das erhalten bleiben sollte, auch nachdem die Kommunisten zur Macht gelangt sein würden. Als der eigentliche Exponent dieser sogenannten Amritsarlinie gilt Namboodiripad. Er hatte gleichzeitig mit den allgemeinen Wahlen 1957 in Kerala für die Kommunisten einen solchen Erfolg errungen, daß diese Partei, gestützt auf 34,4% der Wählerstimmen, als die relativ stärkste mit Hilfe einiger sympathisierender unabhängiger Abgeordneter eine kommunistische Regierung bilden konnte. Dieses Regierungsexperiment der Kommunisten in Kerala unter Namboodiripad ist der Höhepunkt der Legalitätstaktik.

Bevor wir die Tätigkeit dieser Regierung näher betrachten, sei noch einiges über den politisch-ideologischen Hintergrund gesagt, den man vor Augen haben muß, um abzuschätzen, wo und mit welchen Chancen der kommunistische Gedanke anzusetzen vermag. Man muß sich zunächst klarmachen, daß in der politischen Atmosphäre Indiens eine Partei durchaus nicht deswegen diskreditiert erscheint, weil sie sich als marxistisch bezeichnet. Auch konservativ oder liberal gesonnene indische Intellektuelle vermögen, ähnlich wie es der Sozialist Nehru tut, in den ökonomisch-soziologischen Denkformen von Karl Marx einen geeigneten methodischen Ansatz zu sehen, um die politisch-gesellschaftliche Situation Indiens im 20. Jahrhundert zu deuten. So lesen wir etwa bei dem jetzigen Unterrichtsminister Humayun Kabir über den Marxismus, bejahend und distanznehmend zugleich: „Marx is one of the profoundest thinkers on social questions of all times. The world will always be grateful to him for the instrument of analysis he shaped for the understanding of human affairs. . . . The paramount lesson which we have to learn from the Russian experiment is that economic factors are important, but not all important. By concentrating all our attention on the purely economic issue, we are liable to commit as grave errors as the blindest supporters of conservative shibboleths.“²⁷ Auf der anderen Seite finden sich seit dem 20. Parteikongreß in der führenden indischen intellektuellen kommunistischen Zeitschrift „The New Age“ zahlreiche emphatische Beteuerungen, daß man den Marxismus nicht dogmatisch nehmen dürfe. In dieser Ablehnung der Dogmatik ist meines Erachtens mehr zu sehen als nur eine taktische Schwenkung, die keine größere Bedeutung hat als alle jene wiederholten Richtungsänderungen der kommunistischen Taktik in Indien in Abhängigkeit von den

²⁷ Humayun Kabir im Vorwort zu V. S. Parthasarathi, *Marxist Study Course*, Calcutta 1946.

wechselnden Moskauer Direktiven. Der indische Geist ist seinem Wesen nach undogmatisch. Ein Vergleich der indischen Philosophie und Religionsgeschichte mit der europäischen zeigt dies in aller Deutlichkeit. Als sich nach dem 20. Parteikon- greß der dogmatische Zwangsgrieff lockerte, eröffnete sich den indischen Kommuni- sten die Chance, genuiner indisch zu sein, als es ihnen bisher zu sein erlaubt ge- wesen war. Besonders kennzeichnend ist hier wiederum das Verhältnis zur ge- schichtlichen Gestalt Gandhis wie umgekehrt das Verhältnis Vinoba Bhaves zum Kommunismus. Namboodiripad schrieb ein bemerkenswertes Buch über Gandhi, das sich im Urteil vorteilhaft von den früheren kommunistischen Verzerrungen freihält²⁸. Gewiß wird hier der große Vorkämpfer für die indische Freiheit in seinem politischen Weg und in seinen Ideen nicht vorbehaltlos bejaht. Dem sozial-kon- servativen Gesellschaftsbild Gandhis stellt Namboodiripad den kommunistischen Fortschrittsgedanken gegenüber. Gandhi habe durch seine Ablehnung der wirt- schaftlich-sozialen Revolution im Grunde der Sache der Bourgeoisie gedient. Aber der Grundton der Schrift ist doch durchaus positiv gestimmt: Gandhi ist der Er- wecker der Massen, der es wie kein Zweiter verstanden hat, das Herz der einfachen Menschen zu gewinnen und zum erstenmal in ihnen Stolz, Selbstbewußtsein und politischen Willen zu wecken. Hier erscheint als sein besonderes großes Verdienst, daß er die Schranken der Unberührbarkeit überschritten habe. Gandhi wird von diesem marxistischen Politiker vor allem aber als der große Idealist gefeiert, der durch die Widersprüche seines Denkens und die Größe seines Charakters schließlich in eine Situation geführt wurde, in der er als tragische Figur endete. Namboodiri- pad bekennt, daß er selbst aus der Gandhi-Bewegung herkomme: „Ich war ein Schüler Gandhis, lange bevor ich Marxist wurde.“²⁹ Durch Nehru wurde er auf den Weg zum Sozialismus gewiesen, der ihn schließlich zum Marxismus-Leninis- mus führte. Die Lektüre von Nehrus Rußlandbuch habe hierbei, so berichtet er, entscheidende Bedeutung gehabt³⁰. Wie er von Gandhi herkam, so suchte er später auch zu Vinoba Bhave und dessen Bhoodan- (bzw. Sarvodaya-)Bewegung ein posi- tives Verhältnis. Als Vinoba auf seiner Wanderung in den Staat Kerala einzog, ging er ihm feierlich entgegen. Und für die Landreform-Gesetzgebung, die er als Ministerpräsident einleitete, holte er sich seinen Rat.

Auch Vinoba suchte seinerseits das Verhältnis zum Kommunismus bei klarer Be- tonung des Unterschiedes positiv zu deuten. Im Oktober 1957, also etwa ein halbes Jahr nach der kommunistischen Regierungsbildung, schrieb er in „The New Age“ einen Artikel über „Communism and Sarvodaya“. Ihm war die Frage vorgelegt worden: Gibt es einen Kompromiß zwischen diesen beiden Bewegungen? Er charak- terisierte Sarvodaya, d. h. die Erhöhung allen Wesens, als „ein Lebensideal, alles Gute aus anderen Ideologien und Ismen aufzunehmen und sich anzueignen. Des- wegen gibt es keinen dauernden Konflikt zwischen Sarvodaya und Kommunismus.“

²⁸ E. M. S. Namboodiripad, *The Mahatma and the Ism*, New Delhi 1958, 21959; geht zurück auf eine Aufsatzserie in *The New Age* 1954–1956.

²⁹ Ebenda, S. VII.

³⁰ Namboodiripad in *The New Age Monthly*, Jg. 6 (1957), H. 11, S. 18.

So sieht er im Kommunismus einen durchaus positiven Kern. Er hält ihn keineswegs für zerstörerisch, bedauert aber, daß die Kommunisten nicht daran glauben, daß sich der Geist aus eigener Kraft wandeln kann. Weil Vinoba an die Kraft des Geistes glaubt, will er die soziale Reform der neuen Landverteilung ohne Intervention des Staates durch freiwillige Landgaben erreichen. Für den Fall, daß dieser Weg nicht zum Erfolg führen sollte – aber Bhave ist überzeugt, daß er zum Erfolg führen wird –, sagt er: „Wenn ich nicht durch Überzeugung und Liebe Land gewinnen kann, dann denke ich, sollte ich den Kommunisten glauben und ihnen folgen. Wenn diese Sarvodaya-Methode nicht möglich ist, dann muß man annehmen, daß der Kommunismus allein das Ziel erreichen kann.“³¹ Der Unterschied zwischen Sarvodaya und Kommunismus liegt nach Vinoba Bhave weniger im Ziel als in der Methode. Hierin ist sein Urteil typisch für eine in Indien weit verbreitete Einstellung. Wenn aber die Kommunisten nun die Methode wechselten und sich auf den legalen Weg festlegten, so blieb in der Frage der Agrarreform kein Unterschied gegenüber der Sarvodaya-Bewegung als derjenige, durch den sich auch die übrigen indischen Parteien von Sarvodaya unterschieden, nämlich die unterschiedliche Beurteilung der Industrialisierung. Die im Jahre 1957 zu Beginn des kommunistischen Regierungsexperimentes in Kerala herrschende Atmosphäre ist nicht zuletzt durch ein Wort Vinobas über Karl Marx gekennzeichnet. Er nannte ihn einen Maha Muni, einen großen Heiligen³².

III

Kerala wurde 28 Monate lang, vom 5. April 1957 bis zum 31. Juli 1959, kommunistisch regiert³³. Die Bedeutung dieses Experiments liegt darin, daß hier zum erstenmal in der Geschichte eine kommunistische Regierung im Rahmen eines

³¹ „If I cannot get land by persuasion and love, I thought that I should have faith in the Communists and should follow them. If this Sarvodayan method is not possible it will have to be accepted that Communism alone can achieve the objective.“ Acharya Vinoba Bhave, *Communism and Sarvodaya*, in: *The New Age Monthly*, Jg. 6 (1957), H. 10.

³² Ebenda.

³³ Zuverlässige Informationen über Land und Leute vermittelt eine vom Divan Chand Indian Information Centre, New Delhi, veranlaßte Studie: Jitendra Singh, Ph. D. (London), *Communist Rule in Kerala*, New Delhi 1959. Hiermit stimmt in der Beschreibung der wirtschaftlich-sozialen Gegebenheiten überein das Buch des kommunistischen Parlamentariers A. K. Gopalan, *Kerala Past and Present*, London 1959; Gopalan kommt wie Namboodiripad aus der Gandhi-Bewegung und gelangte über die Congress Socialist Party zum Kommunismus. Weitere kommunistische Literatur: E. M. S. Namboodiripad, *Twenty-Eight Months in Kerala, A Retrospect*, New Delhi 1959; H. Austin, *Anatomy of the Kerala Coup*, New Delhi 1959. Vom Standpunkt der Praja Sozialisten (politische Pamphlete): Dr. K. B. Menon, *Documented Statement on Kerala*, submitted to the Hon'ble Mr. Speaker, Lok Sabha, in support of the motion for a discussion on Kerala. Veröffentlicht unter dem Titel „Sixteen Months of Communist Rule in Kerala“, o. J. Für den christlichen Hintergrund: Cardinal Eugène Tisserant, *Eastern Christianity in India*, Bombay 1957.

modernen parlamentarischen Rechtsstaates, d. h. der indischen Union, zu arbeiten gezwungen war und daß sie sich selber ihrer taktischen Linie entsprechend ausgesprochen zum Parlamentarismus und zum Vielparteiensystem als politischer Methode bekannte. Neben diesem verfassungsgeschichtlichen Interesse zeigt das Experiment von Kerala, wie die Gegebenheiten der indischen Gesellschaft sich auf das kommunistische Staatsexperiment auswirkten.

Kerala nimmt unter den indischen Staaten eine besondere Stellung ein. Es hat den relativ höchsten Anteil an Christen (etwa 22% der Bevölkerung, Gesamtindien 2,3%). Das Christentum in Südwestindien, in viele Denominationen gespalten, ist in seiner Substanz kein Produkt der europäischen Mission, sondern sehr viel älter. Es ist seinem Selbstbewußtsein nach eine indische Religion, im Ursprung Ergebnis nicht der westlichen Kolonisation, sondern Glied der alten Ostkirche.

Der Anteil der Lese- und Schreibkundigen ist in Kerala besonders hoch (50% der Bevölkerung, Gesamtindien 1956 16,6%). Dies erklärt sich einmal aus dem Umfang des christlichen Schulwesens; zum anderen besteht hier aber eine hinduistische Erziehungsgesellschaft (Nair Service Society), die besonders von der Kaste der Nair getragen wird und gegenüber dem starken christlichen Einfluß sich in den letzten Jahrzehnten im Zusammenhang mit der hinduistischen Erneuerungsbewegung darum bemüht hat, gute hinduistische Erziehungsstätten zu schaffen (leitender Kopf: Padmanabhan). Überhaupt ist festzustellen, daß dem sehr lebendigen Christentum in Kerala auch ein sehr lebendiger Hinduismus gegenübersteht. Das gilt sowohl für die Bedeutung, die das Kultische im öffentlichen und im privaten Leben noch besitzt, wie auch in soziologischer Hinsicht. Ein Zeichen für den starken Traditionalismus der Bevölkerung ist das in der Praxis immer noch in Geltung befindliche Mutterrecht. Das Kastenwesen ist in seinen Unterschieden in Kerala wahrscheinlich stärker profiliert als in irgendeiner anderen indischen Provinz. Man unterscheidet 77 Haupt- und 423 Unterkasten. Hauptschichten sind die Namboodiris (den Brahmanen entsprechend; ihr gehört Namboodiripad an), die Nairs als mittlere, in sich vielfach gestufte Schicht und als unterste die kastenlosen Hindus. Unter diesen sind besonders die Ezhavas zu nennen. Unter dem Einfluß des großen Erneuerers der Hindu-Religion, Vivekananda, organisierten sich die verschiedenen Kasten schon zu Beginn des Jahrhunderts (Shri Narayana Dharma Paripalana Yogam, 1905, für die Ezhavas; Organisation der Namboodiris: Yoga-kshama Sabha, 1908; ferner die Nair Service Society). Die Kastenorganisationen verfolgten gesellschaftlich-religiöse Reformziele innerhalb ihrer Gruppe. Im Verhältnis zueinander setzten sie sich ein für die Bewahrung oder den Erwerb bestimmter religiös-sozialer Rechte. Daß überhaupt die Kasten seit Beginn unseres Jahrhunderts die Notwendigkeit empfanden, Zweckorganisationen zu bilden, ist ein Zeichen dafür, daß die alte Gesellschaftsordnung fragwürdig zu werden begann. Zugleich kam durch diese Organisationen in die Schichten der Kastengesellschaft eine kämpferische Rivalität, die seit der Einführung politischer Vertretungskörperschaften ihren Reflex im Parteiwesen fand. Neben Christen und Hindus steht eine mohammedanische Bevölkerungsgruppe. Sie ist bildungsmäßig am wenigsten

Vierteljahrshefte 6/2

entwickelt, schaut aber wie das Christentum in Kerala auf eine weit über tausendjährige Geschichte zurück und ist ein unauflösbarer, tief in der Tradition verwurzelter Bestandteil der religiös vielgestaltigen Bevölkerung dieses tropischen Küstenstriches der Arabischen See.

Wirtschaftlich verfügt das Land über große natürliche Reichtümer: Wasserkräfte, Exportprodukte der Landwirtschaft wie Tee, Kaffee, Gummi, mancherlei Gewürze, Kokosfasern, Mineralien. Die Wirtschaft Keralas ist ein besonders ergiebiger Devisenbringer für die indische Gesamtwirtschaft. Es ist jedoch allgemein anerkannt, daß die natürlich gegebenen wirtschaftlichen Möglichkeiten bei weitem nicht voll ausgenutzt sind und daß sich auf der Basis der Wasserkraft und der Mineralien mancherlei Industrie würde entwickeln lassen. Kerala ist mit seinen fast 15000 Quadratmeilen der kleinste Staat Indiens, von dessen Gebiet es nur 1,2% ausmacht. Aber jeder fünfundzwanzigste Inder lebt in Kerala, dessen Bevölkerung fast 15 Millionen beträgt. Küstenstreifen und Hügelland tragen eine Bevölkerung von über 1000 Menschen auf die Quadratmeile bei einem indischen Durchschnitt von 312 auf die Quadratmeile. Die Bevölkerung von Kerala wächst schneller als im übrigen Indien (1941–1951 etwa 22% gegenüber 13,4% in Gesamtindien). Die landwirtschaftlich genutzten Gebiete, namentlich in der Küstenniederung, sind wie ein einziges von Menschen überquellendes Dorf.

Das Landproblem ist sozialwirtschaftlich wie im gesamten Indien, so besonders hier in Kerala, eine Frage von zentraler Bedeutung. 87% der Bevölkerung von Kerala wohnen auf dem Lande, etwa 53% leben vom Land, davon 20% als Landarbeiter ohne eigenen Landbesitz. Ein Teil der Bevölkerung lebt von Kleingewerbe und Handwerk, ein Drittel etwa ist arbeitslos oder nur zum Teil oder zeitweise beschäftigt. Eine große Industrie, für die in den Bodenschätzen, in Holz und Wasserkraft alle Voraussetzungen vorhanden wären, fehlt. Keiner der bisherigen Regierungen einschließlich der Kommunisten ist es gelungen, hier eine wirklich produktive Initiative zu entwickeln, die allein den Hunger zu überwinden und dem Land eine wirtschaftliche Zukunft zu geben vermöchte. Abgesehen von dieser noch gar nicht in Angriff genommenen Aufgabe ist die Frage der Landaufteilung, wie im gesamten Indien, so auch besonders in Kerala von zentraler Bedeutung. Die Bevölkerungszunahme hat im Laufe der Jahre zu einer weitgehenden Fragmentierung des Bodens geführt. 80% aller Bauernwirtschaften zumeist auf Pachtbasis betragen weniger als ein acre (= 40,5 ar, also weniger als zwei Morgen). Die Folge ist eine Minderung des Ernteertrags. Als eine für den Ertrag günstige Größe wird unter den gegebenen tropischen Bedingungen (Reis, Gemüsegärten, Kokospalmen) eine Wirtschaft von etwa fünf acre betrachtet. Vergrößerung der Zwergwirtschaften und Schaffung neuer Wirtschaften für landlose Arbeiter durch Aufteilung des Landbesitzes, der einen bestimmten Umfang überschreitet, haben sich daher für die einander folgenden Regierungen verschiedener politischer Färbung als dringende Aufgabe gestellt.

Die deprimierenden Ziffern über die Wirtschaft Keralas könnten die Vermutung entstehen lassen, daß die Bevölkerung hier in besonderem Elend lebe. Ein Besuch

des Landes vermittelt einen anderen Eindruck. Im Vergleich zum übrigen Indien sieht man verhältnismäßig wenige Elendsgestalten auf den Straßen. Städte und Dörfer sind adrett, die Bevölkerung aufgeschlossen, heiter, in gewisser Hinsicht gepflegt. Im Straßenbild Trivandrams etwa oder in der alten Hafenstadt Ernaculam beherrscht ein makelloses Weiß der Männerkleidung das Straßenbild.

Politisch ist der Staat in seinem gegenwärtigen Umfang ein junges Gebilde. Er entstand 1956: dem früheren Maharadja-Staat Travancore-Cochin wurde die Malabarküste, früher zu Madras gehörend, hinzugefügt, während einige andere Landstriche im äußersten Süden an den Staat Madras abgegeben wurden (Tamil sprechende Bevölkerung). Die Bevölkerung ist in der Grundsubstanz drawidisch, die Individualität ist durch die eigene Sprache, das Malayalam, akzentuiert.

Wenn wir uns nun der politischen Geschichte zuwenden, so sind folgende Momente festzuhalten: Die indische Nationalbewegung hat in der Zeit der hinduistischen Erneuerung und der Massenaktionen in Kerala einen besonders lebhaften Widerhall gefunden. Hier kam es auch zu gelegentlichen Gewaltausbrüchen. Die große politische Erregbarkeit der Bevölkerung entzündete sich am Gegensatz zur britischen Fremdherrschaft wie an den inneren sozialen Spannungen.

Diese verhinderten in Travancore-Cochin, dem Vorgängerstaat, die Bildung stabiler Regierungen. Denn die Kongreßpartei war durch innere Gegensätze (Hindu-Moslem-Christen-Rivalität) in sich wenig kohärent. Daneben bestand und besteht eine starke sozialistische Gruppe, in sich selbst wiederum in mehrere Parteiorganisationen gespalten, die in wechselnden Rivalitäts- und Freundschaftsverhältnissen zu den Kommunisten standen. Nur so ist es zu erklären, daß es bei dem in Indien herrschenden Mehrheitswahlrecht den Kommunisten mit 34,4% der Wählerstimmen 1957 möglich war, eine Majorität im Parlament zu erlangen. Sie gewannen 60 von insgesamt 126 Sitzen in der gesetzgebenden Versammlung. Dazu kamen 5 von ihnen protegierte Unabhängige, wodurch sie eine ganz knappe Mehrheit erhielten. Die Kommunisten und die mit ihnen zusammenarbeitenden Unabhängigen hatten insgesamt 44,9% der abgegebenen Stimmen hinter sich⁸⁴. Allerdings kann man mit einiger Sicherheit sagen, daß die kommunistische Regierung auch außerhalb der Kommunistischen Partei mit einer gewissen Erwartung begrüßt wurde, schien sie doch dem Lande eine stabile Regierung zu versprechen und erschien es vielen doch nicht ausgeschlossen, daß nach der Absage des sowjetischen Kommunismus an die Methoden der Stalinperiode die Indische Kommunistische Partei sich im Rahmen der indischen Verfassung zu einer wirklich demokratischen Partei entwickeln werde, die zugleich mit einem entschlossenen sozialen Reformprogramm den Erwartungen breiter Schichten und auch sehr vieler Intellektueller entsprechen würde. Die Kommunisten konnten also mit einem erheblichen Vertrauenscredit ans Werk gehen. Die Art, wie sie die Regierung führten, hatte jedoch das Ergebnis, daß sie, die sich auf die legale Basis der Verfassung stützten, im Lande sich einer breit anschwellenden außerparlamentarischen Widerstandsbewegung

⁸⁴ Wahlergebnisse nach Sadiq Ali, *The General Elections 1957, A Survey*, Hrsg. vom All India Congress Committee, New Delhi 1959.

gegenübersahen, die das Ziel proklamierte, durch direkte Aktion des non-violent resistance die Regierung zum Rücktritt zu zwingen. Mit welchen Methoden dies im einzelnen geschah, ist hier nicht zu schildern. Als die Bewegung für den 9. August 1959 die Besetzung der Regierungsgebäude ankündigte, sah sich der indische Staatspräsident auf Anraten Nehrus veranlaßt, zur Vermeidung von Blutvergießen in Kerala zu intervenieren und unter Anwendung des Art. 356 der indischen Verfassung³⁵ eine Präsidentschaftsregierung einzusetzen. Dies geschah am 31. Juli 1959. Die kommissarische Regierung schrieb für ein halbes Jahr später neue Wahlen aus, die am 2. Februar 1960 durchgeführt wurden. Das Ergebnis ist bemerkenswert. Bei einem allgemeinen Anwachsen der Wahlbeteiligung blieb die kommunistische Position in der Wählerschaft völlig ungebrochen. Die Kommunistische Partei allein erlangte 36,6% der Wählerstimmen (gegen 34,4% im Jahre 1957), Kommunisten und kommunistisch protegierte Unabhängige 43,7%. Aber mit diesem ungebrochenen Stimmenanteil erlangten sie nur 26 + 3 Sitze in der gesetzgebenden Versammlung³⁶. Der Kommunismus war also bei den Wahlen 1960, die gleichsam das Fazit unter das Experiment der Regierung Namboodiripad zogen, immer noch eine nahe an 50% herankommende politische Kraft im Lande Kerala. Aber die Nichtkommunisten gewannen die Mehrheit im Parlament, weil sie in den einzelnen Wahlkreisen diesmal zu Wahlabsprachen gekommen waren, durch die eine Zersplitterung der Stimmen verhütet wurde.

Wir stellen uns die Frage, an welchen Klippen die kommunistische Regierung in Kerala gescheitert ist. Welche ihrer Maßnahmen hat es bewirkt, daß die untereinander zerstrittenen Nichtkommunisten sich zur außerparlamentarischen Aktion und dann zum Wahlbündnis zusammenschlossen? Hier sind drei Fragen zu behandeln: die Handhabung der Exekutive, das Landreformgesetz und das Erziehungsgesetz.

Der kommunistischen Regierung wurde von ihren Gegnern vorgeworfen, sie verwende den Staatsapparat zur einseitigen Förderung von kommunistischen Interessen. In der Tat hat die Regierung Namboodiripad der Polizei neue Verhaltensanweisungen gegeben. Ihr wurde verboten, bei Arbeitskonflikten einzugreifen. Andererseits wurde sie wiederholt bei nichtkommunistischen Demonstrationen eingesetzt, z. B. bei Studentenkrawallen in Ernaculam. Hierbei gab es auch Todesopfer. Die Gegner der Kommunisten behaupten ferner, daß von der Partei Geheimgerichte gebildet worden seien (cell courts), die praktisch zu einem Terror-Regime

³⁵ Dieser Notstandsartikel trägt im offiziellen Verfassungstext den Randtitel: „Provisions in case of failure of constitutional machinery in States“. Als Bedingung für das Eingreifen des Präsidenten setzt er fest: „If the President on receipt of a report from the Governor of a State or otherwise, is satisfied that a situation has arisen in which the government of the State cannot be carried on in accordance with the provisions of this Constitution, the President may by Proclamation . . . usw.“ Die Kommunisten bestreiten, daß die für die Anwendung des Notstandsartikels vorgesehene Bedingung mit der Lahmlegung der Keralaregierung durch die außerparlamentarische Aktion ihrer Gegner gegeben war.

³⁶ S. C. Sarker, *The Elections in Kerala*, in: *The World Today*, Monthly of the Royal Institute of International Affairs, London, Jg. 16 (1960).

geführt hätten. Von den Kommunisten selbst wird diese Beschuldigung energisch zurückgewiesen. Dem weiteren Vorwurf, daß bei der Regierungsübernahme politische Gefangene und Verbrecher aus den Gefängnissen entlassen worden seien, wird von den Kommunisten der Hinweis auf ähnliche Amnestien bei Regierungsübernahmen durch nichtkommunistische Regierungen in anderen indischen Ländern entgegengehalten. Der Vorwurf der Korruption wird von allen Parteien in Indien gegeneinander erhoben. Es ist festzustellen, daß nach dem Verlust ihrer Regierungsgewalt in Kerala die Kommunisten selbst gegen ehemalige Funktionäre ihrer Partei wegen Korruption vorgegangen sind. Diese Vorwürfe gegen die Handhabe der Exekutive wurden erst dadurch zu einem wirkungsvollen Agitationsmittel, daß sich der eigentliche Widerstand an zwei legislativen Maßnahmen entzündete, eben der Landreform und dem Erziehungsgesetz.

Schon unter dem Kongreßministerium waren im Jahre 1956 einige größere Lati-fundien aufgelöst worden. Jetzt wurden in dem Agrargesetz der Regierung Namboodiripad (agrarian relations bill, Juni 1959) die oberste Grenze auf 15 acre für eine fünfköpfige Familie festgesetzt, jedem weiteren Familienmitglied wurde ein acre zugestanden, aber der Gesamtumfang sollte in keinem Falle mehr als 25 acres (= etwa 40 Morgen) betragen. Die Enteignung sollte gegen Entschädigung erfolgen, wie es die Verfassung der Indischen Union (Artikel 31,2) vorschreibt, wobei die Höhe der Entschädigung im umgekehrten Verhältnis zur Größe des abgetretenen Landes sank. Von einem bestimmten Tag, dem „Peasants Day“, an sollten alle Dauerpächter Volleigentümer werden. Für noch bestehende Pachtverhältnisse wurden feste Zinssätze vorgesehen. Von der Landreform ausgeschlossen blieben die in ausländischem Besitz befindlichen Pflanzungen (Tee, Kaffee, Gummi), weil deren Enteignung nach den Gesetzen der Union nicht möglich war, sowie Ländereien von Tempeln, Schulen und dergleichen. Das Ziel war die Abschaffung des „landlordism“ durch eine, wie es in der offiziellen Sprache hieß, „soziale Revolution, die in der Geschichte Keralas an Umfang und Tiefe ohne Beispiel war“³⁷.

Dieses Gesetz wurde nach einer langen Vorbereitungszeit im Juni 1959 wenige Wochen vor dem Sturz der Regierung in der Gesetzgebenden Versammlung verabschiedet und gelangte unter Namboodiripad nicht mehr zur Durchführung. Was wären seine materialen Auswirkungen gewesen? Ohne Zweifel eine Stabilisierung der kleinbäuerlichen Besitzverhältnisse und eine Fixierung der Pachten auf relativ niedriger Basis, aber eine Lösung des eigentlichen Landproblems wäre damit nicht bewerkstelligt worden. Genaue Statistiken über Art und Umfang des durch die Enteignung frei werdenden Landes liegen nicht vor und konnten auch durch die Regierung der Gesetzgebenden Versammlung nicht unterbreitet werden. Nach einer Kalkulation des Divan Chand Instituts in Neu Delhi konnte man allenfalls mit 1,2 Millionen acres rechnen, eine Zahl, die viel zu gering war, um den Landhunger der breiten bäuerlichen Massen und der Landarbeiter zu befriedigen³⁸. Immerhin

³⁷ Siehe Jitendra Singh, a. a. O., S. 31.

³⁸ Ebd., S. 109f.

bedeutete das Gesetz einen erheblichen Eingriff in die bisherigen Besitz- und Pachtverhältnisse. Hierdurch wurden die hinduistischen Nairs stärker getroffen als die Christen. Der größte Teil der großen und mittleren Landbesitzer gehört der Kaste der Nairs an, während die Christen Banken kontrollieren und im Gewerbe tätig sind. Zudem ist die sehr arme Fischerbevölkerung und eine Menge von kleinen Landbesitzern oder Pächtern christlich. Eine vom Institut für Politische Wissenschaft von Trivandrum mit den Methoden der Felduntersuchung durchgeführte Erhebung, bisher unveröffentlicht³⁹, führte zu dem Ergebnis, daß eine Mehrheit der christlichen Bevölkerung einer energischen Landreform durchaus wohlgesonnen ist, im Unterschied zu den Nairs. Bei den Nairs hingegen sind die Einwände gegen eine eventuelle Nationalisierung der wenigen vorhandenen Industrieunternehmen und vor allem auch der großen Pflanzungen geringer im Vergleich zu dem Vorbehalt der christlichen Gruppen gegen eine solche Maßnahme. Diese beiden durch wirtschaftliche und religiöse Gegensätze voneinander getrennten Gruppen fanden sich jedoch gegen die kommunistische Regierung zusammen im Protest gegen die geplante Reform des Schulwesens (Kerala education act, 26. November 1957).

In Kerala gab es damals nur 2129 staatliche gegenüber 7950 privaten Schulen, die aber mit der geringen Ausnahme von 159 alle staatlich unterstützt wurden. Hier setzte die kommunistische Regierung an, um ihren Einfluß auf das Erziehungswesen zu verstärken.

Die entscheidenden Punkte des Anstoßes in dem Erziehungsgesetz waren einmal die Bestimmung, daß eine Staatskontrolle über die Rekrutierung der Lehrer eingeführt werden, und zum anderen, daß ein bestimmter Prozentsatz von Lehrerstellen für Angehörige der sogenannten backward communities, d. h. in erster Linie der Ezhavas reserviert bleiben sollte. Gegen das Prinzip der Staatskontrolle wandten sich mit aller Schärfe die christlichen Kirchen, weil sie von hier einen christentumsfeindlichen Einfluß befürchteten. Die Erziehungsgesellschaft der Nairs hingegen hatte gegen eine staatliche, d. h. zugleich hinduistische Kontrolle der Schulen weniger einzuwenden. Dafür nahmen sie Anstoß an jener anderen Bestimmung, daß nämlich bestimmte Lehrerstellen für Ezhavas vorbehalten bleiben sollten. Sie schlugen statt dessen vor, dieses sogenannte Kommunalprinzip zu ersetzen durch das ökonomische Prinzip: Reservierung bestimmter Stellen für Minderbemittelte. Durch eine solche Änderung des Gesetzes wäre erreicht worden, daß auch unbemittelte Angehörige der Nairkaste für diese reservierten Stellen in Frage kämen. An dieser Rivalität zwischen Nairs und Ezhavas, d. h. also an einer Rivalität, die ganz aus der hinduistischen Kastengesellschaft zu erklären ist, entzündete sich der Kampf gegen das Erziehungsgesetz und damit gegen die kommunistische Regierung.

Nairs und Christen fanden sich zusammen. Die Leitung der Gesamtbewegung

³⁹ Ich habe Herrn Sukumaran Nayar, Reader am Political Science Department der Kerala University, dafür zu danken, daß er mir in Trivandrum Einblick in diese Materialien gab.

übernahm ein hochangesehener Hindu, Mannath Padmanabhan, der Leiter der Hindu Service Society. Es ist festzuhalten, daß der Widerstand gegen die kommunistische Regierung nicht von den politischen Parteien ausging, die wie die Congress Party im wesentlichen auf legale, parlamentarische Aktionen eingestellt waren, sondern von außerparlamentarischen Gruppen organisierter Hindus und Christen. Die politischen Parteien schlossen sich dieser Aktion erst später an, als sie den Eindruck gewannen, daß die öffentliche Meinung diesen von Hindus und Christen geführten Kampf weitgehend unterstützte, selbst wenn die Parteien sich als solche nicht anschließen würden. Der Druck der Straße im Stile der von Gandhi entwickelten Methoden, der von wohlorganisierten christlichen und hinduistischen Gruppen (wie z. B. den christlichen Christophers) getragen wurde, führte schließlich zum Sturz der Regierung und damit zur Beendigung des ersten Experimentes einer kommunistischen Verwaltung in Trivandrum.

Als Fazit muß man feststellen, daß durch diese Vorgänge eine ideologisch verworrene Situation entstand. Die Kommunisten wurden nicht müde, auf die Tatsache hinzuweisen, daß die parlamentarische Legalität gerade von ihnen und nicht von ihren Gegnern beachtet worden sei.

In welchem Sinne kann man rückschauend diese Episode in der Geschichte Keralas eigentlich als kommunistisch bezeichnen? Zur Beantwortung dieser Frage sei die Gesamtphase der Regierung Namboodiripad in einer dreifachen Beziehung betrachtet: zur Verfassung der Indischen Union, zur Programmatik der Nachfolgeregierung, zum ideologischen Selbstverständnis des internationalen Kommunismus, wie es in der 81-Parteien-Erklärung von Moskau Ende 1960 formuliert wurde.

Gemäß der indischen Unionsverfassung sind die Einzelstaaten einer relativ starken Kontrolle durch die Zentrale unterworfen. Die Gouverneure der Staaten als Rechtsträger der Exekutive werden vom indischen Staatspräsidenten ernannt. Sie können bzw. müssen in bestimmten Fällen Gesetze nach der Verabschiedung durch die Gesetzgebende Versammlung des betreffenden Staates dem indischen Staatspräsidenten zuleiten, der sie gegebenenfalls unter Hinzuziehung des Obersten Gerichtshofes auf ihre Verfassungsmäßigkeit überprüft und je nachdem mit der Auflage bestimmter Änderungen an die Gesetzgebende Versammlung des Staates zurückgehen läßt. Dieses ist bei den beiden besprochenen Gesetzen der Regierung Keralas der Fall gewesen. Das Erziehungsgesetz wurde nach einem Votum des Obersten Indischen Gerichtshofes abgeändert. Die in unserem Zusammenhang wichtigste Änderung betraf die christlichen Privatschulen, die nunmehr von der ursprünglich vorgesehenen Bestimmung ausgenommen wurden, daß schlecht verwaltete Schulen vom Staat übernommen werden konnten. Hierbei wurde der Art. 50 der Indischen Verfassung hinzugezogen, der allen Minoritäten das Recht auf eigene Erziehungseinrichtungen gewährleistet. Der außerparlamentarische Widerstand richtete sich also in diesem Falle gegen ein Gesetz, das ohne Zweifel nach der Änderung verfassungsmäßig war. Was das Agrargesetz betrifft, so lag es noch zur Begutachtung beim indischen Staatspräsidenten, als die Regierung von Kerala durch dessen Eingreifen abgesetzt wurde.

Namboodiripad berief sich in einem nach seiner Absetzung veröffentlichten Rechenschaftsbericht darauf, daß das Agrargesetz „in voller Übereinstimmung mit der erklärten Politik der Kongreßpartei, der Zentralregierung und der Planungskommission“ stünde⁴⁰. Alle Agrarreformgesetze in kongreßregierten Staaten hätten sich aber bisher als unwirksam erwiesen, da die in der Kongreßpartei einflußreichen Grundbesitzer alle wirksamen Maßnahmen im Endergebnis zu verhindern gewußt hätten⁴¹. Er sagte voraus, daß es sich die Kongreßpartei im kommenden Wahlkampf bei dem zu erwartenden harten Ringen um die Wählerstimmen einfach nicht werde leisten können, das Agrargesetz nicht zu akzeptieren, namentlich im Hinblick auf die zu erwartende Zustimmung des Präsidenten zu diesem Gesetz. So kam es in der Tat. Kongreßpartei und Praja-Sozialisten setzten sich im Wahlkampf für das Agrargesetz ein. Unter der im Februar gewählten Koalitionsregierung aus Kongreß, Praja-Sozialisten und Moslemliga wurde, nachdem die Zustimmung des Präsidenten gegeben war (21. Januar 1961), die von der kommunistischen Regierung veranlaßte agrarian relations bill als agrarian relations act 1960 veröffentlicht (3. Februar 1961). Einige Abänderungen, die sich aus einem Vergleich der Texte von bill und act ergeben, sind dabei bemerkenswert⁴². Die Entschädigungssummen für abgetretenes Land wurden erheblich erhöht. In der bill begann die nach der Größe der Abtretung gestaffelte Entschädigung bei der 16fachen Normalrente, gleich einem Drittel des Marktpreises, und endete bei einem Neuntel des Marktpreises. Der act beginnt hingegen bei etwa zwei Dritteln und endet bei einem Drittel des Marktpreises. In der Präferenzliste für Landzuteilungen rangieren in der bill an erster Stelle Zeitpächter, die ihr Land haben abgeben müssen, dann Landeigentümer, die ihr Land an die bisherigen ständigen Pächter abtraten. Es folgten Genossenschaften landloser Arbeiter und erst an vierter Stelle die sogenannten Kudikidappukars, d. h. Landarbeiter, die nichts besitzen außer einer Hütte, deren Baugrund von einem Eigentümer zur Verfügung gestellt wurde. Diese für Kerala charakteristische Masenschicht der ganz Armen rangiert nun in der Zuteilungsliste des act an erster Stelle; es folgen die landlosen Landarbeiter, wobei die untersten gesetzlich besonders geschützten Stämme und Kasten (scheduled tribes and castes) mit 50% berücksichtigt werden; dann folgen kleine und Kleinstbauern. In all diesen Schichten sollten genossenschaftlich organisierte Bauern wiederum bevorzugt berücksichtigt werden. Es ist wohl nicht zuviel gesagt, wenn man feststellt, daß der soziale Akzent in dem act noch stärker ist als in der bill. Das heißt: Christen und Nairs, Praja-Sozialisten und Kongreßpartei konnten erfolgreich gegen die kommunistische Pro-

⁴⁰ Namboodiripad, a. a. O., S. 44.

⁴¹ Daß trotz aller Diskussionen um Agrarreform und trotz einzelstaatlicher Gesetzgebung die Agrarstruktur so gut wie unverändert geblieben sei, ist auch das Ergebnis einer amerikanischen Untersuchung: Daniel Thorner, *The Agrarian Prospect in India, Five Lectures on Land Reform delivered 1955 at the Delhi School of Economics, New Delhi 1956*.

⁴² Amtlicher Text: *The Kerala Agrarian Relations Bill, 1957, L. A. Bill No. 51 of 1957, The Government Press, Trivandrum, 1958; Supplement of the Kerala Law Journal: The Kerala Agrarian Relations Act 1960, Calicut 1961.*

paganda nur angehen, wenn sie unter keinen Umständen hinter deren Sozialprogramm zurückblieben.

Das Gesetz ist indes nicht zur tatsächlichen Durchführung gelangt. Es hat dasselbe Schicksal erlitten wie so viele andere Landreformgesetze, die seit den Jahren der Unabhängigkeit in Angriff genommen, aber nicht durchgeführt worden sind. Die wirtschaftliche und soziale Lage in Kerala hat sich seit dem Ende der Regierung Namboodiripad nicht so entwickelt, daß den Kommunisten der Wind aus den Segeln genommen wäre. Die Wahlen von 1962, wiederum also zwei Jahre später, sprechen hier eine deutliche Sprache. In Kerala fanden diesmal im Unterschied zu den übrigen indischen Staaten keine Wahlen zur Legislativversammlung statt, die ja erst vor zwei Jahren neu gebildet worden war. Aber die 1962 stattfindenden Wahlen zum Zentralparlament geben einen Vergleichsmaßstab. Eine der Presse in Kerala entnommene Zusammenstellung der Stimmergebnisse in den einzelnen Wahlbezirken zu den indischen Parlamentswahlen in Kerala für 1957 und 1962 führt zu dem Ergebnis, daß die kommunistische Bewegung in Kerala völlig ungebrochen war und weder durch irgendeine Enttäuschung über die Regierung Namboodiripad noch durch einen besonderen Erfolg der kongreßgeführten Koalitionsregierung seit 1960 erschüttert worden ist. Im Jahre 1957 entsandte Kerala 9 kommunistische Abgeordnete in das Zentralparlament, im Jahre 1962 waren es nur 6, dazu kamen aber 3 von den Kommunisten protegierte Unabhängige. Eindeutiger ist noch das Ergebnis der in Kerala abgegebenen Stimmen, wenn man die Zahlen von 1957 mit denen von 1962 vergleicht. Für die zugunsten kommunistischer Kandidaten unmittelbar abgegebenen Stimmen sind die Vergleichszahlen 1957 39,3%, 1962 35,2%. Die Vergleichszahlen für die Stimmen kommunistischer Kandidaten zusätzlich der Stimmen für diejenigen Kandidaten, die von den Kommunisten protegiert wurden, sind 1957 43,7%, 1962 49,2%⁴³. Das Ergebnis ist eindeutig, die kommunistische Position war ungebrochen, wie übrigens auch das kommunistische Gesamtergebnis für Indien ein gleiches Ergebnis zeigt. Bei den Parlamentswahlen von 1957 erhielt die Kommunistische Partei 8,9% der abgegebenen Stimmen, im Jahre 1962 waren es 10%. Und die Zahl ihrer Abgeordneten stieg von 26 im Jahre 1957 auf 29 im Jahre 1962.

Bei der Betrachtung dieses für den Kommunismus so günstigen Wahlergebnisses muß man freilich berücksichtigen, daß in ihrer Propaganda wie in ihrem ideologischen Selbstverständnis unter den Gegebenheiten der indischen Situation und im gegenwärtigen Zeitmoment bei den Kommunisten nicht das doktrinaire Endziel im Mittelpunkt stand, sondern eine taktische Phase, die damals für den internationalen Kommunismus im Hinblick auf die Entwicklungsländer neu formuliert wurde. In der Moskauer „Erklärung der Beratung von Vertretern der Kommunistischen und

⁴³ Herr Rama Chandran M. A., Trivandrum, z. Z. Kiel, hat mir dankenswerterweise die Stimmergebnisse der einzelnen Wahlkreise in Kerala für die Parlamentswahlen 1957 und 1962 vermittelt (für 17 von insgesamt 18 Wahlkreisen). Die Vergleichszahlen beruhen auf diesen Angaben.

Arbeiterparteien“ vom 6. Dezember 1960 (81-Parteien-Erklärung)⁴⁴ wurden deutlicher, als es bisher der Fall war, neben dem kapitalistischen und dem kommunistischen Block die zur nationalen Unabhängigkeit gelangten Länder Asiens, Afrikas und dazu Lateinamerika als ein eigener Bereich erkannt, in dem sich die Kommunistische Partei eine dieser besonderen Lage entsprechende besondere Aufgabe zu stellen habe. In Anknüpfung an den osteuropäischen Begriff der Volksdemokratie und an die chinesische Übergangsphase der „Neuen Demokratie“ war in der Moskauer Erklärung von der „Nationalen Demokratie“ die Rede, als deren Vorkämpfer die Kommunisten wirken sollten. Die „Nationale Demokratie“ ist gekennzeichnet durch Agrarreform, Verstärkung des staatlichen Sektors in der industriellen Produktion, Hebung des Lebensstandards, Bündnis zwischen Arbeitern, Bauern und, soweit möglich, der im übrigen als unzuverlässig geltenden nationalen Bourgeoisie, Inanspruchnahme der liberaldemokratischen Freiheit des Wortes, der Presse und der Versammlung und schließlich außenpolitisch Unterstützung der nationalen Regierung im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus. Das entsprach genau dem Selbstverständnis der indischen Kommunisten in jener Phase der Entwicklung, die ihren Höhepunkt im Experiment von Kerala gefunden hatte, wie sie rückschauend in dem erwähnten Rechenschaftsbericht Namboodiripads oder etwa in einer Schrift wie der des kommunistischen Autors H. Austin, *Anatomy of the Kerala Coup*, analysiert wurde. Der Akzent liegt in diesen Schriften auf der sozialprogrammatischen Fortschrittlichkeit, wie sie im Grunde auch die Massen der Kongreßpartei anstrebten, und auf der in Kerala geübten, aber nicht honorierten demokratisch verfassungstreuen Gesetzlichkeit der Kommunisten.

Ihren unmittelbaren Reflex fand die 81-Parteien-Erklärung auf dem Parteitag der indischen Kommunisten in Vijayavada, April 1961⁴⁵. Hier wurde die Forderung nach einer „nationaldemokratischen Front“ erhoben. Dabei standen sich zwei rivalisierende Richtungen gegenüber, die sich in der Frage unterschieden, wie man sich zur Kongreßpartei verhalten solle. Die Gruppe um den früheren linksextremen Generalsekretär Ranadive wollte eine Einheitsfront der Linken gegen den Kongreß bilden, während die Gruppe um den Generalsekretär der Partei Ghosh und den Gewerkschaftsführer Dange die Außenpolitik Nehrus zu unterstützen bereit war und für eine nationaldemokratische Einheitsfront einschließlich des linken Flügels der Kongreßpartei eintrat. War ein solcher Gedanke noch praktikierbar nach den enttäuschenden Erfahrungen mit dem Legalitätsexperiment in Kerala? War dieses nicht an der Tatsache gescheitert, daß auch die hinter der Kongreßpartei stehenden Gruppen Massen auf die Straße zu bringen vermochten? So blieb die Frage nach der Ausdehnung der „nationaldemokratischen Front“ in Vijayavada in der Schwebe. Im Schlußbericht von Ghosh wurde die „nationaldemokratische

⁴⁴ Europaarchiv 16 (1961), D 38 ff.; vgl. hierzu B. Meissner, *Die marxistisch-leninistische Lehre vom ‚Staat der nationalen Demokratie‘*, und R. Löwenthal, *Kommunismus und nationale Revolution*, beide in: *Das Parlament, Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B 10, 1963.

⁴⁵ *The Hindu Weekly*, 13., 17. und 24. April 1961.

Front“ gefordert und zugleich die „undemokratische Politik“ der Regierung verurteilt, die unter Verwendung des ambivalenten Terminus aus der 81-Parteien-Erklärung als eine Regierung der „nationalen Bourgeoisie“ bezeichnet wurde.

IV

Die 81-Parteien-Erklärung von Moskau ist aber noch in einem anderen Zusammenhang zu sehen, durch den die gegebene Lage der indischen Kommunisten entscheidend mitbestimmt wird, nämlich im Verhältnis zu China. Jene Versammlung der 81 Parteien und die Erklärung von Moskau sind nicht zuletzt auf die Initiative der indischen Kommunisten zurückzuführen⁴⁶ und unter Beteiligung von Männern wie Ghosh, Namboodiripad und Dange zustande gekommen, die daran interessiert waren, daß der seit einiger Zeit ausgebrochene ideologische Streit zwischen dem sowjetrussischen und dem chinesischen Kommunismus über die Fragen der Koexistenz, des Weges zum Sozialismus und der Rolle der nationalen Bourgeoisie ausgeglichen wurde. Man hat mit Recht in der skeptischen Beurteilung der Rolle der nationalen Bourgeoisie in der Moskauer Erklärung ein Zugeständnis an Mao und dessen Erfahrungen aus der Revolution gesehen. Sie entsprach aber auch der Erfahrung der indischen Kommunisten, die in Kerala von ihrer Machtposition durch die Kongreßpartei und die hinter ihr stehenden gesellschaftlichen Kräfte auf dem Wege der direkten Aktion verdrängt worden waren.

Vergewenwärtigen wir uns nun in kurzen Zügen, wie sich das chinesisch-indische Verhältnis entwickelt hat und was es für die innere indische Situation im Hinblick auf den Kommunismus bedeutet. Die Entstehung des chinesischen kommunistischen Staates ist von Indien her, auch durch die Regierung Nehru, zunächst mit ausgesprochener Sympathie begrüßt worden. Indien hat sich unermüdlich dafür eingesetzt, daß China in das Gremium der Vereinten Nationen aufgenommen wurde. Die Form des Kommunismus in China schien zudem eine besondere asiatische Abart des Marxismus zu sein und den indischen gesellschaftlichen Gegebenheiten näher zu stehen als der sowjetrussische Kommunismus. Die in der ersten Phase der chinesischen kommunistischen Revolution vollzogene Enteignung der Großgrundbesitzer, die Verteilung des Landes an die Bauern, die Bildung von agrarischen Produktionsgenossenschaften, überhaupt die stärkere Betonung des bäuerlichen Elementes in der chinesischen kommunistischen Ideologie im Vergleich zum Leninismus, ferner der Anspruch des chinesischen Kommunismus auf ideologische Mündigkeit, alles dies war geeignet, in Indien Aufmerksamkeit und Sympathie zu erwecken. Noch im Jahre 1956 z. B. erklärte Nehru, daß es für die zukünftige Entwicklung der indischen Landwirtschaft nur zwei Wege gebe, den sowjetrussischen oder den von der chinesischen Volksrepublik beschrittenen, wobei er sich, damals nicht vorausschauend, wohin die Entwicklung in China gehen würde,

⁴⁶ *Hindustan Times*, 28. 10. 1960.

für den chinesischen Weg aussprach⁴⁷. An der ideologischen Entwicklung der indischen Kommunisten läßt sich beobachten, daß sie bis etwa zum 20. Parteikongreß der KPdSU die ideologische Führerstellung Moskaus bedingungslos anerkannten, daß sich aber seitdem namentlich in Westbengalen eine Gruppe bildete, die in wachsendem Maße den programmatischen Äußerungen der Führer des chinesischen Kommunismus Gehör schenkte und den sowjetischen Kommunismus des Revisionismus bezichtigte.

Außenpolitisch wurde China für Indien zum Problem, als im Jahre 1950 die Rote chinesische Armee Tibet besetzte. Damals zeichnete sich zum ersten Male die seither so bedrohlich gewachsene Gefahr ab, daß die indische Entwicklung unter den Druck der auf der tibetanischen Hochebene Fuß fassenden chinesisch-kommunistischen Macht geraten könnte. Indien war damals und ist heute militärisch zu schwach, um einem gewaltsamen Eindringen der Chinesen über die Pässe des Himalaya-Gebirges in die Gangesebene Einhalt zu gebieten. Es ist daher mangels entsprechender militärischer Mittel eine politische, von Staatsräson diktierte Geste der Abwehr gewesen, wenn Nehru im April 1954 mit China über die tibetanischen Angelegenheiten einen Vertrag schloß, der im Rahmen der seither so viel zitierten fünf Regeln dem Gedanken der Koexistenz Ausdruck verlieh. Als Formel findet sich dieser Begriff gelegentlich schon früher in sowjetischen Äußerungen, und man kann ihn bis zu Lenin zurückverfolgen. Es ist jedoch der sowjetischen Lenin-Exegese nicht gelungen, nachzuweisen, daß Lenin diesen Terminus in dem gleichen Sinne gebraucht hat, wie er heute verwendet wird, nämlich als Theorie des Verzichtes auf Angriffskrieg und auf gewaltsame Intervention in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates. In dieser Bedeutung taucht er als Politikum zum erstenmal in jenem chinesisch-indischen Vertrag auf. Diese Formel lag im Interesse der indischen Grenzsicherung gegen das kommunistische Vordringen. Die „Panch Schila“ waren eine von Staatsräson diktierte Geste der Abwehr. Freilich sollte sich in den folgenden Jahren herausstellen, wie wenig diese Formel imstande war, gegen den realen politischen und militärischen Druck Chinas an der Nordgrenze Indiens ein wirkliches Gegengewicht zu bilden.

Es ist hier nicht im einzelnen zu schildern, wie sich der chinesisch-indische Grenzkonflikt entwickelt hat und schließlich zu offenen Kriegshandlungen führte, in denen die ganze Schwäche der militärisch-geographischen Position Indiens gegenüber dem chinesisch-kommunistischen Druck von Norden offenbar wurde. Denn wie sehr hat sich doch die Konstruktion der indischen Grenzsicherung im Norden verändert, wenn man die gegenwärtigen Verhältnisse mit dem System der Sicherungen vergleicht, wie sie von der britischen Politik einstmals aufgebaut worden waren! Das britische Indien war an seiner Landgrenze von einem doppelten Ring von vorgelagerten Pufferregionen umgeben gewesen. Im äußeren Ring: Afghanistan, Tibet, Burma; dazu ein innerer Gürtel: Kaschmir, nordwestliche Grenzpro-

⁴⁷ Hierzu und für die Beurteilung des chinesisch-indischen Vertrages über Tibet 1954 vgl. K. D. Erdmann, Panch Schila und Staatsraison, in: *Gesch. in Wissenschaft und Unterricht* 8 (1957), S. 2 ff.

vinz, Nepal, Sikkim und Bhutan. Dieses System ist fast gänzlich aufgelöst. Durch die Teilung Indiens entstand im Nordwesten das mohammedanische Pakistan, das, gestützt auf eine starke Armee, den Anspruch auf das mohammedanische Kaschmir aufrechterhält und zudem neuerdings, unbeschadet seines Bündnisses mit den Vereinigten Staaten, engen Kontakt mit dem kommunistischen China gegen den indischen Rivalen gesucht und gefunden hat. In der geteilten Kaschmirprovinz ist zur Sicherung der Trennungslinie gegen Pakistan ein ganz erheblicher Teil der indischen Armee eingesetzt, der im Grenzschutz gegen China dringend benötigt würde. In Tibet ist die frühere Autonomie aufgehoben und dieses Gebiet völlig in den Machtbereich des kommunistischen Chinas einbezogen worden. Burma hat Grenzstriche an China abtreten müssen und betreibt eine ausgesprochen chinafreundliche Politik. Im inneren Nordostgürtel ist Nepal in mancher Hinsicht politisch unsicher.

Gegenüber Sikkim und Bhutan, die beide zum Kulturbereich des tibetischen Lamaismus gehören, werden die chinesischen Ansprüche immer offener formuliert. So ist es nicht verwunderlich, daß man im heutigen Indien dort, wo man die Frage nach den Chancen der kommunistischen Expansion stellt, nicht selten einem großen Pessimismus begegnet. Die Erfahrung hat gezeigt, daß Indien allein nicht in der Lage ist, einem chinesischen Angriff standzuhalten. Ein offener Krieg würde daher Indien notwendigerweise noch näher an die Seite der Westmächte führen, als es ohnedies schon in Abwehr des chinesischen Vorstoßes geschehen ist. Vielleicht ist daher ein offener Krieg wenig wahrscheinlich. Die sehr viel größere Gefahr liegt wohl in einer politischen Zersetzung jener Grenzstaaten Nepal, Sikkim und Bhutan oder auch in einer direkten Infiltration von Menschen über die nicht demarkierten nördlichen Grenzen jener Pufferstaaten hinweg. Deshalb liegt es in der Logik der indischen Staatsinteressen, daß Nehru trotz allem in seinen Verhandlungen mit China an der Grundlage der fünf Regeln festhält, auch wenn China sie gebrochen hat und der Tibetvertrag daher von Indien 1962 nicht erneuert wurde. Das größte Aktivum, das er hierbei ins Spiel führen kann, ist ohne Zweifel die Assistenz der sowjetisch-russischen Politik, die nichts so sehr fürchtet, als daß Indien in das Lager der westlichen Mächte getrieben werden könnte und die daher auf den chinesischen Expansionsdrang im Himalaya mäßigend einzuwirken sucht. Man wird indischen Beobachtern zustimmen, wenn sie hierin die eigentliche Rechtfertigung der indischen Außenpolitik des Non-commitment zwischen den Blöcken auch heute noch erkennen möchten. Allerdings werden hierbei die Gemüter von der ängstlichen Frage bewegt, wie weit Rußland zu gehen bereit und imstande wäre und ob der sowjetische Einfluß auf China auf die Dauer genügend stark sein werde, um zu verhindern, daß vom Himalaya her ein politischer Bergrutsch Indien treffen könnte.

Was bedeutet die so charakterisierte Lage für die kommunistische Bewegung in Indien selber? Die Tatsachen sind bekannt: Die seit langem erfolgten Grenzverletzungen durch die chinesischen Kommunisten wurden durch Nehru dem Parlament und damit der indischen Öffentlichkeit erst am 28. August 1959 bekanntgegeben, d. h. also wenige Wochen nach seiner Intervention gegen die kommuni-

stische Regierung von Kerala und gleichsam als Auftakt für den dortigen Wahlkampf. Die indischen Kommunisten gerieten in Gefahr, wie im Zweiten Weltkrieg unter den Makel der nationalen Unzuverlässigkeit zu geraten, wenn sie sich nicht eindeutig hinter die auswärtige Politik Nehrus gegenüber China stellten. In ihren offiziellen zentralen Willensverlautbarungen haben sie dies auch getan. Die versöhnliche Haltung Nehrus gegenüber den Chinesen in der ersten Phase des Konfliktes entsprach dabei ihrer eigenen Neigung im Unterschied zu der scharfen nationalistischen Kritik an Nehru, wie sie von den anderen Oppositionsparteien, den Praja-Sozialisten und der Swatantra-Partei, geübt wurde. Hierbei war es das Bestreben des mit den Chinesen sympathisierenden linken Flügels der Kommunistischen Partei Indiens, den Grenzkonflikt zu bagatellisieren und einen Teil der Verantwortung für dessen Entstehung der indischen Regierung selber zuzuschreiben. So nahm das Zentralexekutivkomitee der CPI in Neu Delhi am 7. September 1960 eine Resolution an, die deutlich den Charakter eines Kompromisses der Meinungsrichtungen trägt. Sie besagte einerseits, daß China die Sympathie von Millionen von Indern verloren habe, weil es Anspruch auf einige Quadratmeilen wertlosen Himalaya-Gebietes erhob, und behauptete andererseits, der Bruch der indisch-chinesischen Freundschaft sei durch die indische Regierung verursacht worden, nämlich durch ihre Haltung gegenüber dem konterrevolutionären Aufstand in Tibet, sowie durch die Hilfe, die sie dem Dalai-Lama für seine antichinesische Kampagne gewährt habe⁴⁸. Diese Deklaration wurde nun aber wieder von den Kommunisten Westbengalens wegen „mangelnder Reife im Verständnis des Marxismus“ und von den Kommunisten des Panjab sogar als „krasses Beispiel von bürgerlichem Nationalismus, das einer Kapitulation vor der indischen Bourgeoisie gleichkommt“, kritisiert⁴⁹.

In der zweiten Phase des Konfliktes, der mit dem offenen Angriff der Chinesen von der MacMahonlinie aus begann, stellte sich aber nun der nationale Rat der Kommunistischen Partei Indiens mit einer Erklärung vom 1. November 1962 eindeutig hinter die zum Kampf entschlossene Regierung Nehru, indem sie zugleich die „chinesische Aggression“ auf das entschiedenste verurteilte. Wenn in der Moskauer Erklärung der 81 Parteien 1960 die „nationale Bourgeoisie“ als unzuverlässig verdächtigt worden war und wenn der Parteitag von Vijayavada 1961 diesen Begriff auf die Regierung Nehru angewendet hatte, so wurde mit der Wendung des kommunistischen Nationalrats gegen China 1962 die Regierung Nehru ausdrücklich gegen den Vorwurf der Imperialismus- und Reaktionsverdächtigung in Schutz genommen⁵⁰.

⁴⁸ Vgl. Jitendra Singh, Die Krise des indischen Kommunismus, Indo-Asia 3 (1961), S. 387.

⁴⁹ Siehe ebenda.

⁵⁰ Text der Resolution in News from China, Hsinhua News Agency, London, 13. 11. 62. Darin heißt es: „The National Council rejects and repudiates the characterisation made by the Chinese authorities in their press and radio propaganda of Prime Minister Nehru as ‚an agent of U. S. Imperialists‘, and the leader of ‚reactionaries‘ and ‚expansionist‘, and of the government of India acting as a ‚tool of U. S. Imperialism‘ in order to secure more Dollar aid . . . The National Council of C.P.I. never expected a socialist country like China to settle a border

Nehru hat in einer Rede vor den beiden Häusern des Parlaments am 19. November 1962 diesen Beschluß der Kommunisten begrüßt: „Wir sollten ihn voll ausnutzen, um die Einheit gegen den Angriff herzustellen . . . Warum sollten wir die Wirkung dieses Manifestes herabsetzen?“⁶¹ Das hinderte die Regierung nicht, zwei Tage später eine Reihe führender Kommunisten, darunter Namboodiripad, festnehmen zu lassen. Das Mißtrauen ist groß. In Kerala und dem besonders bedrohten Bengalen wurden die Kommunisten nicht in die jetzt gebildeten Verteidigungskomitees hereingelassen. Das ist verständlich, wenn man etwa bedenkt, daß der bengalische Kommunist Basu sich als Abgeordneter einen Beschluß der Legislativversammlung zur Verdammung des chinesischen Angriffs nur mit dem Vorbehalt zu eigen machte, es sei „seine persönliche Ansicht, daß China keinen Akt der Aggression begangen habe, aber er wolle sich hinter den Beschluß des Nationalrats der kommunistischen Partei stellen, die nun einmal den chinesischen Angriff verurteile“⁶².

Charakteristisch ist wiederum die Einstellung Vinoba Bhaves. Wie er vor Jahren seine Tätigkeit mitten in eine von Kommunisten beherrschte Gegend Hyderabads verlegte, so finden wir ihn jetzt in dem vom Kommunismus außen und innen bedrohten Bengalen. Wie beurteilt er in dieser Situation die Kommunisten? In einem Aufsatz über „Die ideologische Front“⁶³ hat er im Dezember 1962 geäußert: Ganz Indien habe sich zur Verteidigung des Landes zusammengeschlossen, einschließlich der Kommunisten. Die Zweifel mancher Leute an der Ehrlichkeit der kommunistischen Erklärung seien gewiß berechtigt, aber „ich für mein Teil nehme sie bei ihrem Wort. Ich bin bereit, sie willkommen zu heißen.“ Die Chinesen, so meint er, glauben noch an die Gewalt und ebenfalls eine Minorität unter den indischen Kommunisten. Aber Chruschtschow habe eingesehen, daß mit Zerstörungswaffen nichts gewonnen ist, da auch andere sie besitzen. Die große Auseinandersetzung laufe also im Endergebnis auf einen geistigen Kampf hinaus. Hier heiße für Indien die Alternative Kommunismus oder Sarvodaya bzw. Gramdam (= Dorfschönung). Denn die Kommunisten seien, wie die Anhänger des Sarvodaya, „compassionate people“, Leute also, die mit den Elenden mitfühlen. Durch Gramdam werde man „das Beste, was im Kommunismus stecke, assimilieren und zugleich seine Fehler loswerden“. So verliere der Kommunismus seine *raison d'être*. Im Grunde also zählen für diesen Jünger und Nachfolger Gandhis neben der Sarvodaya-Bewegung nur die Kommunisten, weil sie vom Elend gerührt und gewillt seien anzupacken.

Was ergibt sich aus all dem für die Chancen des Kommunismus in Indien? Ohne daß sich bei der völligen Offenheit der allgemeinen Lage im russisch-chinesisch-

dispute with India by force of arms, and make astounding claims against a country which is engaged in peaceful consolidation of its newly-won independence, which belongs to the peace camp, which follows a foreign policy of non-alignment, which has all along maintained friendship with China, and whose government is run by a parliamentary democracy and not a military dictatorship.“

⁶¹ The Hindu Weekly, 19. Nov. 1962.

⁶² The Hindu Weekly, 14. Jan. 1963.

⁶³ Acharya Vinoba Bhave, The Ideological Front, in: The Hindu Weekly, 17. Dez. 1962.

indischen Dreieck eine Prognose stellen ließe, kann man sagen, daß die Chancen des Kommunismus vom Zusammenspiel folgender Faktoren bedingt sind:

1. Infolge der Militarisierung Indiens wird sich das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung verlangsamen. Durch die wirtschaftlich-sozialen Gegebenheiten wird also ein Wachstum des Kommunismus weiterhin begünstigt werden.

2. Die Kommunisten sind – möglicherweise mit Erfolg – bestrebt, zu verhindern, daß sich das nationale Motiv gegen sie wendet.

3. Dem kommt entgegen, daß der chinesisch-indische Konflikt eingebettet ist in eine chinesisch-russische Rivalität. Durch diesen Doppelkonflikt ist die Bedeutung der Freundschaft Indiens mit der Sowjetunion in ihrem Wert erhärtet worden.

4. In der ideologischen Auseinandersetzung des Weltkommunismus liegen daher innerhalb des indischen Kommunismus, solange keine militärische Katastrophe eintritt, die größeren Chancen bei der sowjetischen Position. Ob die Tatsache dieser ideologischen Auseinandersetzung mit ihrem Reflex auf verschiedene Flügel innerhalb der Kommunistischen Partei Indiens geeignet ist, die für den marxistischen Kommunismus charakteristische ideologische Dogmatisierung noch stärker fragwürdig erscheinen zu lassen, als dies seit dem 20. Parteikongreß der russischen Kommunisten in der Periode der Entstalinisierung ohnedies der Fall ist, sei dahingestellt. Man darf eine solche Entwicklung um so eher wenigstens als eine Möglichkeit einkalkulieren, als sie der Eigenart des undogmatischen indischen Denkens entspricht.

5. Man wird in der sich differenzierenden Welt des Kommunismus damit zu rechnen haben, daß neben dem sowjetischen und chinesischen Typus die kommunistische Bewegung eines Landes wie Indien einen eigenen Weg sucht, der weniger durch die Dogmatik ideologischer Endzielvorstellungen als durch die Pragmatik der besonderen Wirkungsmöglichkeit in den gegebenen indischen Verhältnissen bestimmt ist.